

RAMBOLL



Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein

Wissenschaftliche Studie

RAMBOLL MANAGEMENT CONSULTING GMBH

Impressum

Herausgeber

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel
Tel.: 0431 988-3156
Fax: 0431 988-3104
E-Mail: LPR-SH@im.landsh.de

Redaktion

Ramboll Management Consulting GmbH
Burchardstraße 13, 20095 Hamburg
Tel.: 040 302020-0
Fax: 040 302020-199
E-Mail: info@ramboll.de

Fotonachweis

Umschlag: eyekey design

Gefördert durch

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Entwurf, Layout und Satz

Eyekey Design, Kiel | www.eyekey.de

Kiel, Oktober 2019

Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein

Wissenschaftliche Studie

Ramboll Management Consulting GmbH, Juli 2019

Inhalt

1. Einführung	4
1.1 Ziele der Studie	4
1.2 Definitionen zur Studie	5
1.2.1 Politischer Extremismus	5
1.2.2 Definition Linksextremismus	5
1.2.3 Definition von linker Gewalt	6
1.2.4 Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu anderen Formen des politischen Extremismus	8
1.3 Das methodische Vorgehen zur Studie	9
2. Linksextremismus in Schleswig-Holstein	12
2.1 Die Bedeutung des Linksextremismus in Schleswig-Holstein	12
2.2 Erscheinungsformen des Linksextremismus in Schleswig-Holstein	16
2.3 Das Ausmaß linker Gewalt in Schleswig-Holstein	20
2.4 Fazit	26
3. Motivationsmuster und Beweggründe	27
3.1 Persönlichkeitsmerkmale	28
3.2 Sozio-kulturelle Einflüsse	31
3.3 Strukturelle Gegebenheiten	35
3.4 Linke Gewalt	39
3.4.1 Verhältnis zu Gewalt	39
3.4.2 Entwicklung der Gewaltbereitschaft	41
3.4.3 Situative Einflussfaktoren von Gewalt	42
3.5 Fazit	44
4. Präventionsbedarfe bei Akteursgruppen	47
4.1 Präventionsbedarfe	47
4.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Präventionsarbeit	49
4.3 Herausforderungen	53
5. Handlungsempfehlungen	55
Literaturverzeichnis	62

Abbildungen

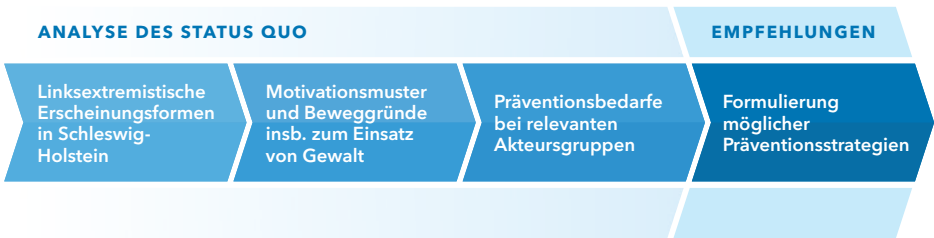
Abbildung 1: Untersuchungsschwerpunkte und Empfehlungen der wissenschaftlichen Studie	4
Abbildung 2: Einordnung linker Gewalt	7
Abbildung 3: Entwicklung des linksextremistischen Personenpotentials zwischen 2014 und 2018	13
Abbildung 4: Einschätzung zur Bedeutung des Linksextremismus nach Funktionsbereich bzw. nach Region	14
Abbildung 5: Häufigkeit des Kontakts mit Linksextremismus nach Funktionsbereich	15
Abbildung 6: Geschlecht und Altersstruktur der im undogmatischen und dogmatischen Linksextremismus verorteten Personen, 2017	19
Abbildung 7: Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität – links – in Schleswig-Holstein, 2009 bis 2018	22
Abbildung 8: Politisch motivierte Kriminalität – links – nach Delikten, 2017 und 2018	23
Abbildung 9: Verteilung der politisch motivierten Kriminalität – links – nach Landkreisen und kreisfreien Städten im Zeitraum 2014 bis 2018	25
Abbildung 10: Einflussfaktoren einer politischen Radikalisierung	28
Abbildung 11: Handlungsbedarfe auf den verschiedenen Präventionsebenen	48
Abbildung 12: Die fünf größten Herausforderungen hinsichtlich der Prävention von Linksextremismus	54

1. Einführung

1.1 Ziele der Studie

Ramboll Management Consulting wurde vom Landespräventionsrat Schleswig-Holstein damit beauftragt, eine „Studie zu linksextremistischen Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein“ zu erstellen. Folgende Untersuchungsschwerpunkte sollen dabei konkret adressiert werden (siehe Abbildung 1):

Abbildung 1: Untersuchungsschwerpunkte und Empfehlungen der wissenschaftlichen Studie



Quelle: Eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

Einerseits soll die Studie das Phänomen des Linksextremismus in Schleswig-Holstein und hierbei insbesondere das Ausmaß linker Gewalt als Teilmenge des Linksextremismus untersuchen. Dabei sollen auch individuelle Motivations- und Begründungsmuster zur Adaption von linksextremistischen Einstellungen sowie insbesondere zur Gewaltbereitschaft bzw. Gewaltanwendung analysiert werden. Andererseits sollen Präventionsbedarfe bei relevanten Akteursgruppen¹ identifiziert werden und auf deren Grundlage Empfehlungen für mögliche Präventionsstrategien formuliert werden.

Die Struktur des folgenden Berichts folgt diesen oben genannten Untersuchungsschwerpunkten. Zu Beginn werden die Definitionen zu Linksextremismus und linke Gewalt geklärt, auf denen die Studie aufbaut, und das methodische Vorgehen vorgestellt. Im **zweiten Kapitel** wird das Phänomen des Linksextremismus in Schleswig-Holstein und hierbei insbesondere das Ausmaß linker Gewalt als Teilmenge des Linksextremismus untersucht. Im **dritten Kapitel** werden individuelle Motivations- und Begründungsmuster zur Adaption von linksextremistischen Einstellungen sowie insbesondere zur Gewaltbereitschaft bzw. Gewaltanwendung analysiert. In **Kapitel 4** werden Präventionsbedarfe bei relevanten Akteursgruppen in Schleswig-Holstein erörtert und in **Kapitel 5** Empfehlungen für mögliche Präventionsstrategien formuliert.

1. Zur Erleichterung der Lesbarkeit wird in der vorliegenden Studie an vereinzelten Stellen lediglich eine Form verwendet. Dennoch sind alle Geschlechter gleichermaßen betroffen, es sei denn, es wird explizit darauf hingewiesen.

1.2 Definitionen zur Studie

1.2.1 Politischer Extremismus

Der Begriff des Extremismus geht auf das lateinische Wort „extremus“ zurück, was übersetzt „der Äußerste“ bedeutet. Er ist demnach als äußerste Abweichung oder äußersten Gegensatz von einem anderen Prinzip oder Standpunkt zu verstehen. Platon übertrug diese Kategorie auf seine Staatsformenlehre und legte somit die Grundlage für den Begriff des Extremismus als politische Erscheinungsform (Pfahl-Traughber, 2014a). Heutzutage werden unter politischem Extremismus solche Bestrebungen gefasst, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen und einerseits dessen „konstitutionelle Komponente (Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz), andererseits seine demokratische (Volksouveränität, menschliche Fundamentalgleichheit)“ (Goertz und Goertz-Neumann, 2018, S. 11) beseitigen oder einschränken möchte. Zudem werden extremistischen Gesinnungen folgende Merkmale zugeschrieben: Fanatismus, Dogmatismus, Antipluralismus, Absolutheitsansprüche (Wahrheitsmonopole), Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien (Backes, 1989, S. 298-311). In ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrem politischen Vorgehen können sich die Akteure allerdings stark unterscheiden, weshalb beim politischen Extremismus zwischen unterschiedlichen Strömungen differenziert wird. Die bedeutendsten Strömungen in Deutschland sind der Rechts-, der Links- und der religiös motivierte Extremismus.

1.2.2 Definition Linksextremismus

Bei der Definition von Linksextremismus ist es zentral, den Begriff des Linksextremismus klar von legitimem politischen Engagement abzugrenzen. Eine demokratische und eine extremistische „Linke“ können Gemeinsamkeiten in ihren Deutungsmustern, Idealen oder Utopien haben. Der grundlegende Unterschied liegt in der Frage, ob sie auf dem Weg zu deren Umsetzung Demokratie und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit zur Disposition stellen oder nicht. Daher müssen demokratische „Linke“ keineswegs eine Position der „Mitte“ einnehmen und auf grundlegende Gesellschaftskritik verzichten. Solange sie die konstitutionellen und demokratischen Minimalbedingungen akzeptieren, auf schrittweise Reformen setzen und eine gewalttätige Revolution ablehnen, gehören sie nicht der extremistischen „Linken“ an (Pfahl-Traughber, 2014b).

Eine Herausforderung bei der Definition von Linksextremismus ergibt sich aus der großen Bandbreite an Themenfeldern und ideologischen Überzeugungen, die einer

linksextremistischen Gesinnung zugeordnet werden. Die gängige Zuordnung erfolgt entlang zweier „Ideologiefamilien“ (Pfahl-Traughber, 2014b) – jene, deren Grundposition die des dogmatischen polit-ökonomischen Ansatz des Marxismus ist, und jene, die dem Anarchismus entspringen. Beiden Ideologiefamilien ist gemein, dass sie eine herrschafts- und klassenlose Gesellschaft ohne repressiven Staat und soziale Unterschiede anstreben. Der Unterschied liegt in ihren Einstellungen zum Staat: Während das Spektrum des Anarchismus ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität anstrebt und damit grundsätzlich jede Form des Staates ablehnt, sieht das auf Marxismus ausgerichtete Spektrum den Staat als notwendiges Instrument an, um den Kommunismus als herrschafts- und klassenfreie Gesellschaft erfolgreich und langfristig zu etablieren (Pfahl-Traughber, 2014b).

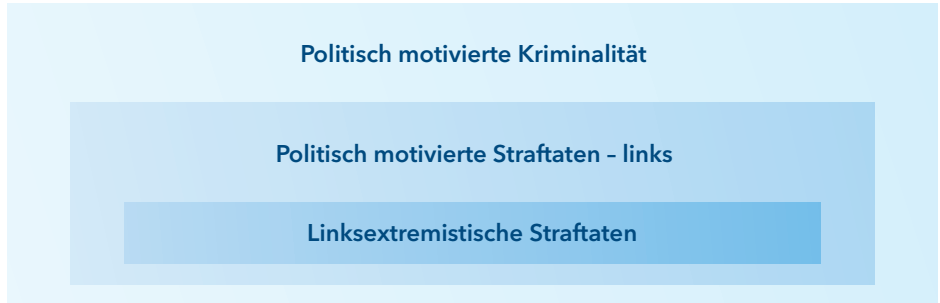
Uneinigkeit besteht bei der Frage, ob Linksextremismus zwangsläufig eine Gewaltbereitschaft oder sogar -ausübung impliziert. Während einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Akzeptanz und das Begehen von Gewalttaten als definitorischen Bestandteil von Linksextremismus betrachten (Beelmann, 2017), definieren andere Linksextremismus als demokratiefeindliche Ideologie, die aber nicht zwangsläufig Gewalt ausübt (Pfahl-Traughber, 2014b).

In der vorliegenden Studie wird die Definition des Bundesministeriums des Innern zugrunde gelegt, welche auf Gewalt als Kriterium für eine „linksextremistische“ Weltanschauung verzichtet. Ausschlaggebend ist stattdessen insbesondere die Ablehnung der bestehenden demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerte und Normen. Konkret werden unter Linksextremismus alle politischen Auffassungen und Bestrebungen gefasst, die das Ziel verfolgen „unsere Staats- und Gesellschaftsordnung und damit die freiheitliche Demokratie abzuschaffen und durch ein kommunistisches oder ein „herrschaftsfreies“, anarchistisches System zu ersetzen“ (BMI, 2018, S. 100).

1.2.3 Definition von linker Gewalt

Obwohl Gewalt in der linksextremistischen Szene von großen Teilen entschieden abgelehnt und kontrovers diskutiert wird (Gmeiner und Micus, 2018), wird sie von einigen als legitimes Instrument des Protests gegenüber politischen Feindbildern akzeptiert – sei es als Mittel der Selbstverteidigung oder der Durchsetzung eigener (politischer) Aktionsmöglichkeiten. Folgt man dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst, ist linke Gewalt als Teilphänomen politisch motivierter Kriminalität zu definieren.

Abbildung 2: Einordnung linker Gewalt



Quelle: BMI (2019); eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

Was allgemein unter „politisch motivierte Kriminalität“ gefasst wird, ist im „Definitionssystem politisch motivierte Kriminalität“ dargelegt. Dieses wurde auf der Innenministerkonferenz 2001 beschlossen und dient seitdem den zuständigen Polizeibehörden und Landeskriminalämtern als Grundlage. Darin werden neben klassischen Staatschutzdelikten auch solche Straftaten als politisch motiviert bezeichnet, bei denen unter Würdigung der gesamten Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür gegeben sind, dass sie:

1. den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
2. sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder richten,
3. durch Anwendung von Gewalt oder Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen ein Objekt richtet („Hassverbrechen“). (BMI, 2019)

Politisch motivierte Gewalttaten - links - sind eine Teilmenge der politisch motivierten Straftaten. Laut Bundeskriminalamt umfassen Gewalttaten Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Delikte des Landfriedensbruches, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte (BKA, 2017).

Als linksextremistisch gelten Straftaten laut BMI (2018) indes, wenn es „Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitlich demokratische Grundordnung prägend sind“ (BMI, 2018, S. 24).

Unter „linker Gewalt“ werden also alle politisch motivierten Straftaten verstanden, die einer „linken Orientierung zuzurechnen“ sind und „eine besondere Gewaltbereitschaft des Straftäters erkennen lassen“ (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, 2015, S. 12). Die vorliegende Studie folgt dieser Definition.

1.2.4 Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu anderen Formen des politischen Extremismus

Viele wissenschaftliche Studien beschäftigen sich mit der Frage, in welchen Merkmalen sich unterschiedliche Formen des politischen Extremismus gleichen oder unterscheiden. Eine Gemeinsamkeit ist der vorliegende Absolutheitsanspruch, welcher laut Definition bei allen extremistischen Strömungen vorliegt. Verschiedene empirische Studien belegen, dass in unterschiedlichen Formen des politischen Extremismus die Überzeugung besteht, dass die eigenen ideologischen Überzeugungen richtiger und anderen Ideologien überlegen sind (van Prooijen et al., 2017).

Auch lassen sich Gemeinsamkeiten bei der Personengruppe erkennen, die sich extremistischen Gruppierungen anschließen. So scheinen sich beispielsweise sowohl von „linken“ als auch von „rechten“ Bewegungen mehrheitlich junge und männliche Personen angesprochen zu fühlen. Auch lassen sich Parallelen in den Biographien von Rechts- und Linksextremisten erkennen und ähnliche Verläufe in ihren Radikalisierungsprozessen (vgl. Kapitel 3).

Allerdings bestehen auch einige signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Ein wesentlicher ideologischer Unterschied zwischen Rechts- und Linksextremisten besteht in der Einstellung zur Gleichheit von Menschen. Während „Linke“ den Bedingungen größere Bedeutung beimessen, die Menschen gleich statt ungleich machen, stellen „Rechte“ eher in den Mittelpunkt, was die Menschen ungleich statt gleich macht (Pfahl-Traughber, 2014a). Laut Pfahl-Traughber ist diese Unterscheidung des „linken“ und „rechten“ Gleichheitsideals auch allgemein auf das politische Spektrum und somit auf die politische Parteienlandschaft übertragbar, wobei in der „politischen Mitte“ hier nur mehr graduelle Unterschiede bestehen.

Ein weiterer bedeutender Unterschied, welcher auch regelmäßig zu Kritik an der Gleichsetzung von Linksextremismus mit anderen Extremismusformen führt, ist das Ausmaß und die Art der Gewaltausübung. Im Gegensatz zu rechtem oder religiös motiviertem Extremismus, welcher zum Teil auch die Tötung von Menschen bis hin zum Genozid einschließt, richtet sich aktuelle Gewalt „von links“ überwiegend gegen Sachen oder tritt in Konfrontationen mit politischen Gegnern auf (Glaser, 2013; Glaser, 2015).

1.3 Das methodische Vorgehen zur Studie

Die Studie greift zurück auf einen Mix aus qualitativen und quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung. So können die Ergebnisse im Sinne einer Triangulation auf unterschiedliche Datenquellen gestützt und intern validiert werden. Folgende Methoden wurden angewendet:

Daten- und Literaturanalyse

Ausgangspunkt der Studie bildete zum einen die **Analyse von Daten des Verfassungsschutzes und des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes**. Hierbei wurde nicht nur auf vorliegende Daten aus den Verfassungsschutzberichten sowie aus den Antworten der Landesregierung auf die Anfragen der Fraktionen zurückgegriffen, sondern auch Sonderauswertungen aus dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst des Landeskriminalamts sowie aus den Daten des Verfassungsschutzes in Auftrag gegeben. Obwohl die Informationen insbesondere des Verfassungsschutzes aus sozialwissenschaftlicher Perspektive nicht unproblematisch sind², sind sie trotzdem unverzichtbar, um Einschätzungen zu den Erscheinungsformen von Linksextremismus und entsprechender Entwicklungen zu formulieren.

Um einen umfangreichen Überblick zu den bisherigen Erkenntnissen zu Linksextremismus aufzuarbeiten, wurden zudem einschlägige Studien und Publikationen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern einbezogen. Ziel war hierbei, nicht nur die Vielzahl der Spektren der linksextremistischen Szene zu erfassen, sondern auch Erkenntnisse zu Gewaltmotivationen sowie zu Präventionsarbeit in anderen Regionen bzw. Ländern zu erhalten. Der Schwerpunkt der Literaturanalyse umfasste Publikationen, die seit 2014 erschienen sind.

2. Die Skepsis rührt mitunter von der subjektiven Einschätzung von „V-Leuten“. Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Pfahl-Traugher (2014, S.12).

Explorative Fachgespräche

Zudem wurden drei telefonische, leitfadengestützte Interviews mit wissenschaftlichen Expertinnen und Experten aus der Extremismusforschung durchgeführt. Ziel der Gespräche war es, aufbauend auf und ergänzend zu der Daten- und Literaturanalyse übergeordnet die zentralen Fragestellungen der Studie zu erörtern, und so erste Hypothesen zu validieren bzw. ergänzende Hypothesen zu generieren. Die drei Interviewpartner, die auf Grundlage der Literaturanalyse bzw. einschlägiger Publikationen und Erfahrungen ausgewählt wurden, sind:

- > **Prof. Dr. Baier**, Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention an der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der unter anderem eine Studie zu Jugend und Extremismus in Niedersachsen durchführte³.
- > **Prof. Dr. Albert Scherr**, Direktor des Instituts für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg, der mitunter eine Studie zu Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen veröffentlichte und sich momentan mit den Diskursen über Linksextremismus und linke Militanz⁴ auseinandersetzt.
- > **Dr. Chris Holmsted Larsen** vom Dänischen Zentrum für die Prävention von Extremismus (Nationalt Center for Forebyggelse af Ekstremisme), der an der Roskilde Universität zu politischem Extremismus und Radikalisierungsprozessen und dabei unter anderem zu Linksextremismus forschte.

Stakeholderbefragung

Zudem wurde eine Onlinebefragung zwischen dem 14. Januar und 28. Januar 2019 mit Akteuren in Schleswig-Holstein durchgeführt, die durch ihre Arbeit mit Linksextremismus konfrontiert sein können. Hierzu zählen nicht nur Akteursgruppen, die Einfluss auf der primären Präventionsebene haben (z.B. Akteure aus der Bildungs- und Verbandsarbeit), sondern auch all jene, die auf sekundärer und/oder tertiärer Ebene relevant sein können. Konkret wurden hierfür Akteure der (Jugend-)Bildungsarbeit, der (Jugend-)Verbands- und Vereinsarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kriminalprävention, der Polizei, des Justizvollzugs, der Bewährungshilfe und der Wissenschaft sowie schulrelevante Akteure und in kommunalen Institutionen beschäftigte Akteure kontaktiert. Das Ziel der Stakeholderbefragung war es, praxisrelevante sowie landesspezifische Einschätzungen und Präventionsbedarfe relevanter Akteure in Schleswig-Holstein abzufragen und somit die Erkenntnisse aus der Daten- und Literaturanalyse sowie den Fachgesprächen im für die Studie relevanten Kontext zu spiegeln.

3. Vgl. Baier, Manzoni und Bergmann (2016).

4. Vgl. Scherr (2019).

Der Fragebogen wurde auf Grundlage der Daten- und Literaturanalyse sowie zwei explorativen Fachgesprächen konzipiert. Die Akteure wurden entweder direkt über E-Mail oder über ausgewählte Multiplikatoren (insbesondere Trägerverbände), die innerhalb der Akteursgruppen gut vernetzt sind, angeschrieben. Insgesamt wurden 285 Akteure direkt angeschrieben sowie 19 Multiplikatoren mit der Bitte eingebunden, den Fragebogen an geeignete Personen in ihrem Netzwerk weiterzuleiten: Das Anschreiben enthielt einen offenen Link, der durch die Multiplikatoren an geeignete Personen weitergeleitet werden konnte.

Aufgrund der Möglichkeit, dass der Link auch an Dritte weitergeleitet und/oder die Befragung mehrfach ausgefüllt werden konnte, wurde vor der Datenauswertung eine Plausibilitätsprüfung und Datenbereinigung durchgeführt. Diese Prüfung fußte auf folgenden Informationen: Zeitpunkt des Ausfüllens, Dauer des Ausfüllens und Antwortmuster. Teilnehmende, die in dieser Plausibilitätsprüfung auffielen, wurden von der Auswertung ausgeschlossen.

Nach Bereinigung der Daten umfasste die Anzahl der Teilnehmenden 73 Akteure, wobei Akteure aus allen genannten Funktionsbereichen erreicht werden konnten und zudem eine befriedigende regionale Varianz gegeben war. Besonders gut erreicht wurden Stakeholder aus kommunalen Institutionen (29 Prozent), (Jugend-) Bildungsarbeit (21 Prozent), Kinder- und Jugendhilfe (16 Prozent) sowie Justizvollzug und Bewährungshilfe (16 Prozent). Die Ergebnisse wurden anschließend in einem weiteren explorativen Fachgespräch sowie einem Workshop mit ausgewählten Akteursgruppen diskutiert und eingeordnet.

Workshop mit Akteursgruppen

Im Anschluss an die Befragung der Stakeholder wurde ein Workshop mit ausgewählten Akteursgruppen in Kiel durchgeführt, in dem die bisherigen Ergebnisse validiert und Erkenntnisse zu Präventionsbedarfen aus der Literaturanalyse und der Onlinebefragung weiter vertieft wurden. Zudem wurden Handlungsempfehlungen für zukünftige Präventionsmaßnahmen diskutiert.

Die Landeshauptstadt Kiel wurde anhand der Datenauswertung ausgewählt, da hier laut Sonderauswertung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes im Verhältnis zu den anderen Regionen in den letzten Jahren die meisten linksextremistischen Straftaten verübt wurden (siehe Abbildung 9). Zudem wurde von den befragten Akteuren die Bedeutung und der Bedarf nach Präventionsmaßnahmen im Bereich des Linksextremismus eher in städtischen Regionen gesehen.

Die Teilnehmenden wurden auf Grundlage der Ergebnisse der Onlinebefragung eingeladen, wobei Vertreterinnen und Vertreter von Akteursgruppen bzw. aus Funktionsbereichen von Interesse waren, die angegeben haben, sowohl Kontakt zu Linksextremismus gehabt zu haben und/oder Angaben zu Präventionsbedarfen gemacht hatten. Der Workshop wurde mit zehn Personen aus folgenden Funktionsbereichen durchgeführt:

- > (politische) Bildungsarbeit
- > Jugend- und Verbandsarbeit
- > Justizvollzug
- > Landeskriminalamt

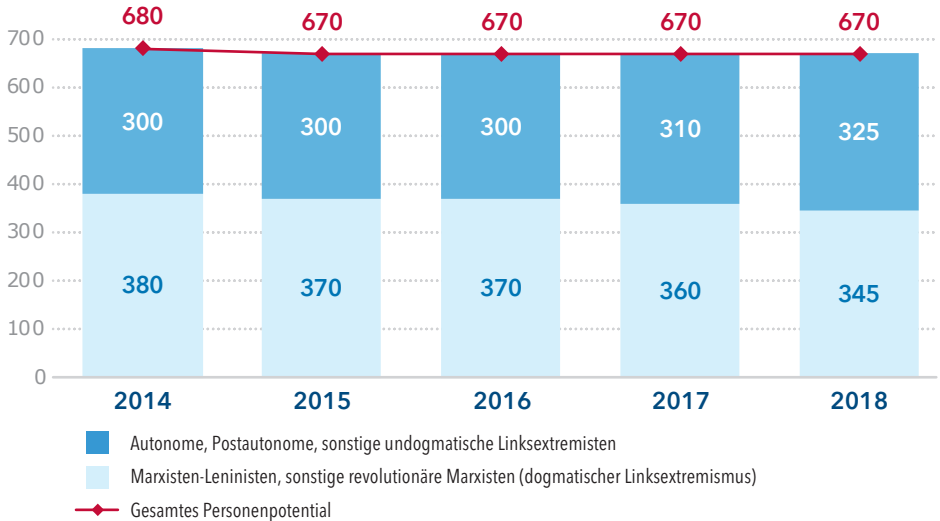
2. Linksextremismus in Schleswig-Holstein

In diesem Kapitel wird das Phänomen des Linksextremismus in Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung linker Gewalt als Teilmenge des Linksextremismus untersucht. Hierzu werden zunächst die Bedeutung sowie die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Linksextremismus analysiert. Daran anschließend geht das Kapitel näher auf linke Gewalttaten ein. Die Analysegrundlage des Kapitels bilden insbesondere die Sonderauswertungen und Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes und des Verfassungsschutzes sowie die Ergebnisse der Onlinebefragung und der Interviews mit Extremismusexperten.

2.1 Die Bedeutung des Linksextremismus in Schleswig-Holstein

Der Verfassungsschutz erhebt jährlich Zahlen zu Mitgliedern linksextremistischer Personenzusammenschlüsse. Die Zahlen sind zum Teil gerundet und geschätzt, erlauben aber zumindest eine Annäherung zur Anzahl linksextremistischer Personen und ihren Merkmalen in Schleswig-Holstein. Demnach zählte der Verfassungsschutz 670 linksextremistische Personen in Schleswig-Holstein im Jahr 2017. Dieser Wert hat sich in den letzten Jahren nur geringfügig verändert - verglichen mit 2014 wurden im Jahr 2018 lediglich 10 linksextremistische Personen weniger erfasst (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Entwicklung des linksextremistischen Personenpotentials zwischen 2014 und 2018



Quelle: MILI (2018), Sonderauswertung des MILI; eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

Das Personenpotential entwickelt sich damit leicht entgegen dem Bundestrend – während auf Bundesebene zwischen 2013 und 2017⁵ ein Zuwachs von sechs Prozent zu verzeichnen ist, nahm das Personenpotential in Schleswig-Holstein im gleichen Zeitraum leicht um drei Prozent bzw. 10 Personen ab (MILI, 2018; BMI, 2016; BMI, 2018).

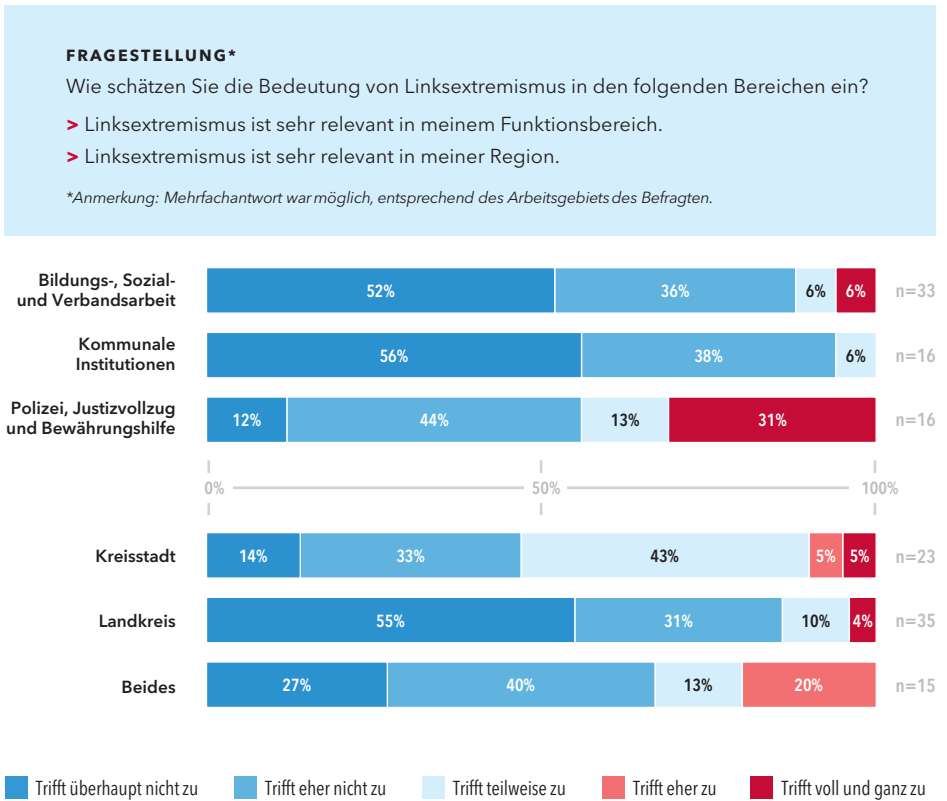
Diese Entwicklung spiegelt sich größtenteils auch in der Einschätzung der Akteure wider, die an der Onlinebefragung dieser Studie teilnahmen. Auf die Frage, wie sich ihrer Meinung nach „das Ausmaß von Linksextremismus in Ihrem Funktionsbereich und Ihrer Region in den letzten 5 Jahren verändert“ hat, geben übergreifend 44 Prozent der Befragten an, dass das Ausmaß gleichgeblieben ist. 22 Prozent sind der Meinung, dass das Ausmaß eher gesunken ist, 31 Prozent sehen es als eher gestiegen an. Letztere Einschätzung stammt insbesondere von Akteuren der Polizei, des Justizvollzugs und der Bewährungshilfe. Gleichzeitig weisen Vertreter dieser Akteursgruppe im Workshop darauf hin, dass der Anstieg als marginal eingeschätzt wird.

Die Bedeutung des Linksextremismus wird von den befragten Akteuren mehrheitlich als eher gering eingeschätzt. So stimmen lediglich sechs Prozent der befragten Akteure aus der Bildungs-, Sozial und Verbandsarbeit der Aussage zu, dass das Phänomen

5. Zum Zeitpunkt der Berichtslegung der Evaluation war der Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2018 – und damit entsprechende Zahlen zum Personenpotential für das Jahr 2018 – noch nicht veröffentlicht worden. Daher wurde hier der 5-Jahreszeitraum 2013 bis 2017 hinzugezogen.

des Linksextremismus in ihrem Funktionsbereich sehr relevant ist, während 86 Prozent diese Aussage zurückweisen. Bei den befragten kommunalen Institutionen zeigt sich ein sehr ähnliches Bild. Anders bewerten die befragten Akteure der Polizei, des Justizvollzugs und der Bewährungshilfe den Sachverhalt. Zwar lehnen auch diese mehrheitlich die Aussage ab, dass Linksextremismus ein sehr relevantes Problem in ihrem Funktionsbereich sei (56 Prozent). Ein knappes Drittel (31 Prozent) stützt jedoch die Aussage und stimmt dieser voll und ganz zu (Abbildung 4).

Abbildung 4: Einschätzung zur Bedeutung des Linksextremismus nach Funktionsbereich bzw. nach Region



Quelle: Onlinebefragung von Stakeholdern durch Ramboll Management Consulting Januar bis Februar 2019; eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

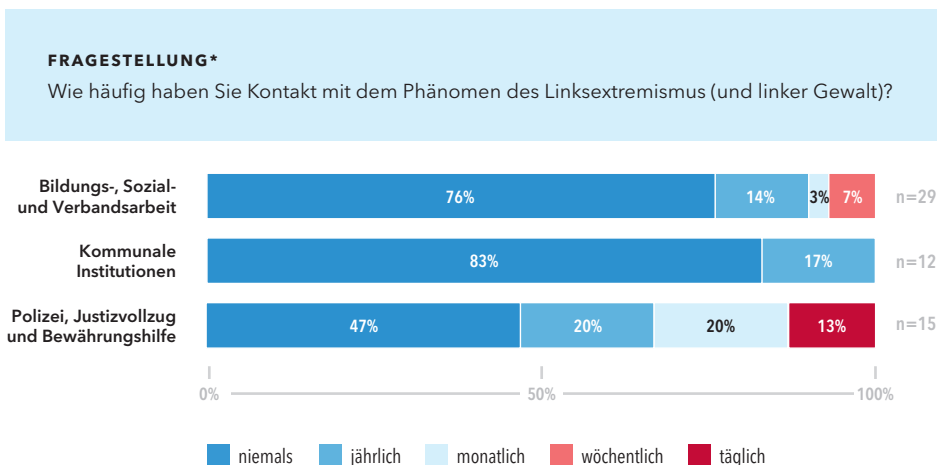
Ähnlich äußern sich die Befragten zur Bedeutung des Linksextremismus in ihrem (räumlichen) Arbeitsgebiet, wobei es hier durchaus regionale Unterschiede gibt. So widersprechen 86 Prozent der Befragten, deren Arbeitsgebiet in einem oder mehreren

Landkreisen liegt, eher oder voll und ganz der Aussage, dass das Phänomen des Linksextremismus in ihrem Arbeitsgebiet sehr relevant ist. Bei Akteuren, die in kreisfreien Städten arbeiten, liegt dieser Anteil dagegen bei knapp unter 50 Prozent.

Die Einschätzungen spiegeln damit die in der Literatur (siehe Bergmann, Baier, Rehbein und Möble, 2017; Pfahl-Traughber, 2014b) und in den Experteninterviews beschriebenen Unterschiede zwischen Stadt und Land wider: Linksextremismus sei in städtischen Gebieten verbreiteter als in ländlichen Regionen; Szenetreffs seien laut eines Extremismusexperten, der im Rahmen dieser Studie befragt wurde, insbesondere in Städten vorzufinden. Auch einige Teilnehmende des Workshops berichten, dass Städte als Orte des Linksextremismus in Schleswig-Holstein zu überwiegen scheinen, betonen aber gleichzeitig, dass es nicht nur ein rein städtisches Phänomen sei, sondern durchaus auch in ländlichen Gebieten vorzufinden sei.

Direkten Kontakt mit der linksextremistischen Szene haben die wenigsten der befragten Akteursgruppen. 70 Prozent der Befragten⁶ geben an, noch nie Kontakt mit dem Phänomen des Linksextremismus gehabt zu haben, 16 Prozent geben an, dass dies zumindest jährlich der Fall ist. Wenn Kontakt besteht, dann bei Akteuren der Polizei, der Justizvollzugsanstalt und der Bewährungshilfe – ein Drittel haben monatlich oder häufiger Kontakt mit der linksextremistischen Szene (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Häufigkeit des Kontakts mit Linksextremismus nach Funktionsbereich



Quelle: Onlinebefragung von Stakeholdern durch Ramboll Management Consulting Januar bis Februar 2019; eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

6. Ausgenommen der Befragten, die bei dieser Frage „Kann ich nicht sagen“ angegeben haben.

2.2 Erscheinungsformen des Linksextremismus in Schleswig-Holstein

Wie in Kapitel 1 beschrieben, tritt der Linksextremismus in unterschiedlichen Formen auf. Die gängige Sortierung dieser unterschiedlichen Formen und Teilströmungen orientiert sich dabei an den zwei „Ideologiefamilien“ (Pfahl-Traughber, 2014b) – jene, deren Grundposition die des dogmatischen polit-ökonomischen Ansatz des Marxismus ist, und jene, die dem Anarchismus entspringen. Ihr Unterschied liegt in ihrer Einstellung zum Staat: Während das Spektrum des Anarchismus ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität angestrebt und damit grundsätzlich jede Form des Staates ablehnt, sieht das auf Marxismus ausgerichtete Spektrum den Staat als notwendiges Instrument an, um den Kommunismus als herrschafts- und klassenfreie Gesellschaft erfolgreich und langfristig zu etablieren (Pfahl-Traughber, 2014b).

Der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein orientiert sich – zumindest grob – an den zwei Hauptströmungen: Unterschieden wird zwischen dem „dogmatischen“ Spektrum, dessen politisches Handeln sich an Marxismus bzw. darauf aufbauende Lehren des Leninismus, Trotzismus, Stalinismus und Maoismus ausrichtet, und dem „undogmatischen Spektrum“, das als doktrin- und organisationskritische Form des Linksextremismus die dogmatische marxistisch-leninistische Theorie ebenso ablehnt wie feste, zentralistische Strukturen, und das allenfalls „Anarchismus als Minimalforderung“⁷ akzeptiert (MILI, 2018; Pfahl-Traughber, 2014b).

Wie in Abbildung 3 dargestellt, ordnet die Behörde etwas mehr als die Hälfte der linksextremistischen Personen in Schleswig-Holstein (51 Prozent) dem dogmatischen Linksextremismus zu. Diesem Spektrum werden in Schleswig-Holstein insbesondere folgende Akteure zugeordnet:

- > Die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** bekennt sich zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin und ist die größte Organisation im dogmatischen Spektrum.
- > Die **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)** ist die Nachwuchsorganisation der DKP.
- > Die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** richtet ihr politisches Handeln an den maoistisch-stalinistischen Lehren aus.

7. Dies ist der Titel eines in der autonomen Szene zirkulierenden Thesenpapiers, das erstmals 1981 erschien und laut Pfahl-Traughber (2014) „das politische Selbstverständnis eines Großteils der Autonomen“ (S. 141) widerspiegelt.

49 Prozent der durch den Verfassungsschutz identifizierten Linksextremisten werden dagegen dem undogmatischen Spektrum zugeordnet. Dieses Spektrum lässt sich laut Verfassungsschutz Schleswig-Holstein in zwei Teilströmungen unterteilen:

- **Autonome** bekennen sich zur „Politik der ersten Person“, wobei die eigene Individualität und die aktuelle Lebenssituation Ausgangspunkt politischen Handelns ist. Dogmatische Lehren und Ideologien werden abgelehnt bzw. Fragmente allenfalls dafür entnommen, eigene Auffassungen und Einstellungen zu untermauern. In ihrem Bestreben, ein selbstbestimmtes und herrschaftsfreies Leben in Freiräumen ohne staatlichen Einfluss zu verwirklichen, wird die Ablehnung staatlicher bzw. zentralistischer hierarchischer Organisationsstrukturen allgemein deutlich – entsprechend diffus und lose sind die Zusammenschlüsse der Autonomen (MILI, 2018; Pfahl-Traughber, 2014b).
- Die **Interventionistische Linke (IL)** ist ein bundesweites Netzwerk (mit Ortsgruppen u.a. in Kiel und Lübeck) von vorwiegend linksextremistischen Gruppen, das sich um eine Bündelung bzw. Zusammenführung der insbesondere den Autonomen nahestehenden Strömungen bemüht. Ziel ist also eine stärkere Einbettung einzelner Gruppen in einen strategischen Rahmen, trotz der in der autonomen Szene ausgeprägten Skepsis gegenüber einer zu starken Anbindung und Integration. Mitglieder dieses Netzwerkes werden vom Verfassungsschutz daher auch **Postautonome** genannt (MILI, 2018).

Neben dem dogmatischen und undogmatischen Spektrum spielt auch die **Rote Hilfe e.V.** eine Rolle in der linksextremistischen Szene in Schleswig-Holstein. Sie verfolgt dabei keine eigene Ideologie, sondern beschreibt sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“, die Beschuldigte, Angeklagte und Straftäter aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum politisch wie finanziell unterstützt (MILI, 2017, 2018). Neben der Hilfe im Einzelfall werden auch Demonstrationen finanziell unterstützt. Auf diese Weise ermutigt die Rote Hilfe e.V. Linksextremisten für ihre Ziele weiterzukämpfen. Der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein sieht einen großen Einfluss innerhalb der linksextremistischen Szene und eine wachsende Bedeutung in der Zukunft (MILI, 2019).

Unterschiede zwischen den Haupt- und Teilströmungen des Linksextremismus in Schleswig-Holstein bestehen jedoch nicht nur bezüglich der Ausrichtung und Ziele, sondern auch bezüglich folgender Faktoren:

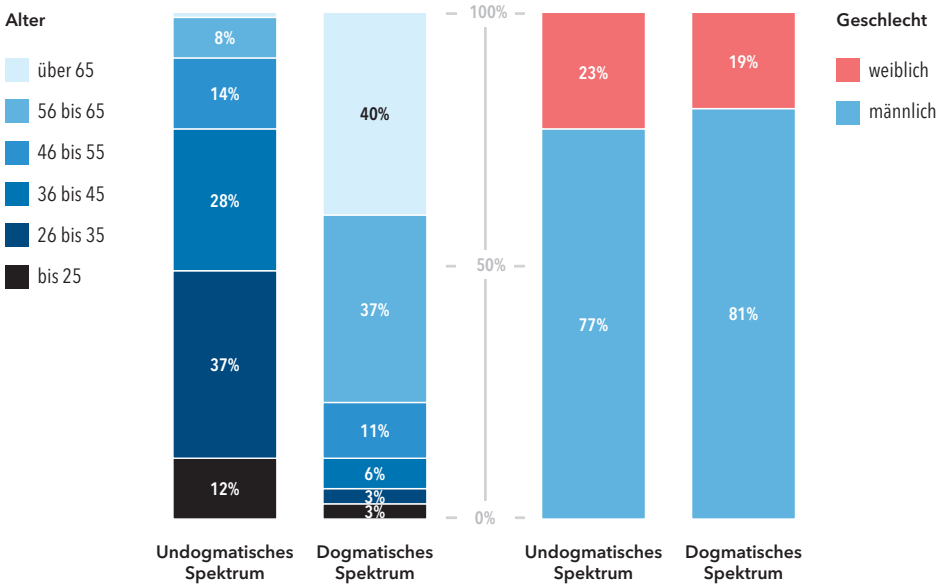
Organisation: Während DKP, SDAJ und MLPD feste und hierarchische Organisationsstrukturen aufweisen, mit Bezirksorganisationen auf Landesebene und Ortsgruppen

auf regionaler Ebene, lehnen Autonome eben diese Art des Zusammenschlusses ab. Sie formieren sich eher in losen und wenig verbindlichen Zusammenschlüssen, denen es aber oft an Kontinuität und Handlungsfähigkeit mangelt (Haunss, 2013; Landesregierung Schleswig-Holstein, 2015; MILI, 2018). Entsprechend vielfältig und wenig überschaubar ist die autonome Szene, deren Gruppierungen sich in wechselnden und sich manchmal auch überschneidenden Zusammensetzungen für unterschiedliche Dauer formieren und sich einige verfestigen, andere lose bleiben (Deycke, 2018; Pfahl-Traugber, 2014b; MILI, 2018). Nichtsdestotrotz werden anlassbezogene Bündnisse und Kooperationen gebildet innerhalb und zwischen den unterschiedlichen linksextremistischen Strömungen sowie mitunter auch regionenübergreifend mobilisiert, wie beispielsweise bei den zwei bundesweiten Kampagnen „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) und „Aufstehen gegen Rassismus“ (AgR), die u.a. Proteste gegen die AfD richtungsgebend vorbereiteten (MILI, 2018).

Mitglieder: Neben der Organisationsstruktur gibt es zwischen den linksextremistischen Strömungen durchaus auch Unterschiede hinsichtlich der Merkmale der Mitglieder. Tatsächlich trifft dies insbesondere beim Alter zu. So zeigt die für diese Studie erstellte Sonderauswertung durch das MILI, dass es deutliche Unterschiede gibt in der Altersstruktur der beiden linksextremistischen Spektren. Wie in Abbildung 6 verdeutlicht, sind über drei Viertel der dogmatischen linksextremen Personen über 56 Jahre alt, lediglich 6 Prozent sind jünger als 35 Jahre. Die Altersstruktur der dem undogmatischen Linksextremismus zugeordneten Personen steht dem diametral gegenüber: Fast die Hälfte ist jünger als 35 Jahre alt⁸, 9 Prozent dagegen 56 Jahre oder älter. Die Geschlechterverteilung ist dagegen ähnlich verteilt in den zwei Spektren: Die Mehrheit linksextremistischer Personen ist männlich. Wie Abbildung 6 veranschaulicht, sind über drei Viertel der undogmatischen Linksextremisten Männer, im dogmatischen Spektrum sind es über 80 Prozent.

8. Dabei weist das MILI in der Sonderauswertung für diese Studie darauf hin, dass gerade Jugendliche der Altersgruppe bis 25 Jahren oftmals in bestimmten Lebensphasen nur über einen kurzen Zeitraum in der linksextremistischen bzw. insbesondere in der undogmatischen Szene aktiv sind. Hinzu kommen hier nicht erfasste Jugendliche, denen eine ideologische Festigung fehlt und die nur unregelmäßig an entsprechenden Veranstaltungen teilnehmen oder sich an Aktivitäten beteiligen. Diese Altersgruppe engagiert sich zumeist anlass- und themenbezogen und tritt auf diese Weise in Kontakt mit dem linksextremistischen Spektrum.

Abbildung 6: Geschlecht und Altersstruktur der im undogmatischen und dogmatischen Linksextremismus verorteten Personen, 2017



Quelle: Sonderauswertung des MILL; eigene Darstellung Ramboll Management Consulting

Mitgliederentwicklung: Im Zeitverlauf ist anzumerken, dass sich – bei stagnierender Zahl linksextremistischer Personen insgesamt – eine leichte Verschiebung hin zum autonomen Spektrum abzeichnet. So ist zwischen 2014 und 2018 insbesondere die Zahl der Anhänger des dogmatischen Linksextremismus zurückgegangen, und zwar um 35 Personen. Der Rückgang der Mitgliederzahlen ist laut Verfassungsschutz (MILL, 2019) insbesondere auf die Überalterung (siehe Abbildung 6), verbunden mit einer mangelnden Mitgliederneugewinnung, zurückzuführen. Die Anzahl der undogmatischen Linksextremisten ist dagegen etwas angestiegen, und zwar um 25 Personen.

Aktivitätslevel: Das Betätigungsniveau des dogmatischen Linksextremismus wird vom Verfassungsschutz als gering beschrieben, die Parteien und Gruppierungen seien „zunehmend bedeutungslos“ (MILL, 2018, S. 89). Aufgrund der beschriebenen Überalterung und des fehlenden Nachwuchses sei nicht zu erwarten, dass der dogmatische Linksextremismus „kurz- bis mittelfristig wieder an Bedeutung gewinnen wird“ (S. 89). Treibende Kraft und Impulsgeber der linksextremistischen Szene ist nach wie vor das undogmatische Spektrum. Insbesondere die autonome Szene zeigt allgemein eine hohe Aktionsbereitschaft, von der Agitation über Demonstration bis zur Straf- oder Gewalttat. Die IL hingegen konnte bei verschiedenen Demonstrationen durchaus

Mobilisierungserfolge verzeichnen, was sich aber nicht in einem Ansehens- und Bedeutungsgewinn für das Netzwerk niederschlug. Fortwährende Debatten und Konflikte um die Frage der Organisation lähmen die Außenwirkung und Weiterentwicklung der IL (Pfahl-Traughber, 2014b; MILI, 2018). Der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein beobachtete allerdings auch – zumindest für das Jahr 2018 – im undogmatischen Linksextremismus eine abgesunkene Aktionsbereitschaft. Zurückzuführen sei dies unter anderem auf den Fahndungsdruck im Nachgang der G20-Ausschreitungen und das geringe Aktionsniveau der rechtsextremistischen Szene (MILI, 2019).

Trotz der Heterogenität der linksextremistischen Akteurslandschaft in Schleswig-Holstein lassen sich über einschlägige Aktivitäten gemeinsame Handlungsfelder identifizieren, welche je nach Anlass und Kontext an Bedeutung gewinnen oder verlieren: So standen in den letzten Jahren insbesondere die Themenfelder „Anti-Faschismus“ und „Anti-Rassismus“ im Fokus der unterschiedlichen linksextremistischen Strömungen, angesichts des Erstarkens der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), der Zunahme gezielter Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit der rechtsextremistischen Gruppierung „Identitäre Bewegung“, aber auch des verstärkten Zuzugs von Geflüchteten andererseits. Aktivitäten reichten hier von Solidaritätskampagnen für Geflüchtete über Anti-AfD-Agitationen und Gegendemonstrationen zu rechtsextremistischen Veranstaltungen bis hin zu „Outing“-Aktionen gegen mehrere Mitglieder der Identitäten Bewegung, die im Internet oder im persönlichen Umfeld als Rechtsextremisten bloßgestellt wurden. „Antikapitalismus“ und „Antirepression“ waren zudem Thema von Gegenprotesten zum G-20 Gipfel im Jahr 2017 bzw. zur G7-Außenministerkonferenz im Jahr 2015 (MILI, 2015 – 2018).

2.3 Das Ausmaß linker Gewalt in Schleswig-Holstein

Obwohl Gewalt in der linksextremistischen Szene von einigen Teilen entschieden abgelehnt und kontrovers diskutiert wird (Gmeiner und Micus, 2018), wird sie von anderen Teilen als legitimes Instrument des Protests gegenüber politischen Feindbildern, die mit der (totalisierenden) Ablehnung der demokratischen und kapitalistischen Ordnung einhergehen können, akzeptiert – sei es als Mittel der Selbstverteidigung oder der Durchsetzung eigener (politischer) Aktionsmöglichkeiten. Laut Verfassungsschutz zählen hierzu rund 335 linksextremistische Personen in Schleswig-Holstein. Diese als „gewaltorientiert“ beschriebenen Personen machen die Hälfte aller vom Verfassungsschutz identifizierten Linksextremisten aus. Deren Anzahl hat sich in den letzten Jahren etwas verändert: Zwischen 2014 und 2018 ist sie leicht um 25 Personen angestiegen.

Laut Verfassungsschutz sind dabei insbesondere die Personenzusammenschlüsse aus dem autonomen Spektrum als „gewaltorientiert“ einzustufen. Linksextremistisch motivierte Straftaten seien in den letzten Jahren meist von Autonomen begangen worden. In Einzelfällen käme es aus den Reihen der dogmatischen Organisationen zu Unterstützungshandlungen und teilweise Gewaltanwendungen. „Insbesondere Jugendorganisationen wie die SDAJ fallen durch ihre positiven Aussagen zur Gewaltbereitschaft auf“ (Landesregierung Schleswig-Holstein, 2015).

Einen Indikator für das tatsächliche Ausmaß linker Gewalt in Schleswig-Holstein bieten die Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität, die im Kriminalpolizeilichen Meldedienst erfasst werden. Wie bereits in Kapitel 1 beschrieben, fallen unter politisch motivierte Kriminalität

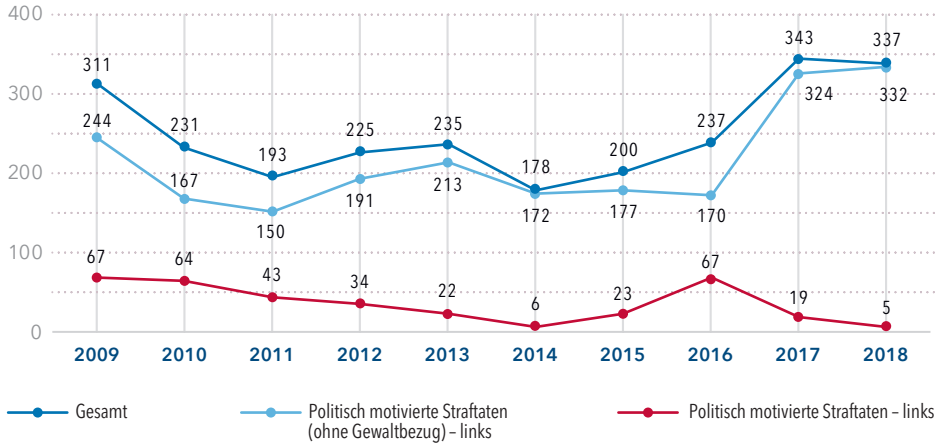
1. alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der klassischen Staatsschutzdelikte⁹ erfüllen, sowie
2. Straftaten, die – in Anbetracht der Tatumstände und der Einstellung der Täter – Anhaltspunkte¹⁰ für eine politische Motivation geben (BMI, 2018).

In Schleswig-Holstein sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich knapp 250 solcher Straftaten pro Jahr erfasst worden. Insbesondere zwischen den Jahren 2010 und 2016 sind eher geringe Schwankungen zu registrieren. Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ bewegte sich zwischen 178 und 237 (siehe Abbildung 7). Der Höchststand im zehnjährigen Vergleich wurde im Jahr 2017 erreicht, mit 343 politisch motivierten Straftaten – links. Im Folgejahr 2018 sank die Zahl leicht um 2 Prozent (Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst; MILLI, 2018; MILLI, 2013).

9. §§ 80 bis 83, 84 bis 91, 94 bis 100a, 102 bis 104a, 105 bis 108e, 109 bis 109h, 129a, 129b, 130, 234a oder 241a des Strafgesetzbuches.

10. Siehe Kapitel 1 für eine nähere Erläuterung.

Abbildung 7: Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität - links - in Schleswig-Holstein, 2009 bis 2018



Quelle: Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst, MILI (2018), MILI (2013); eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

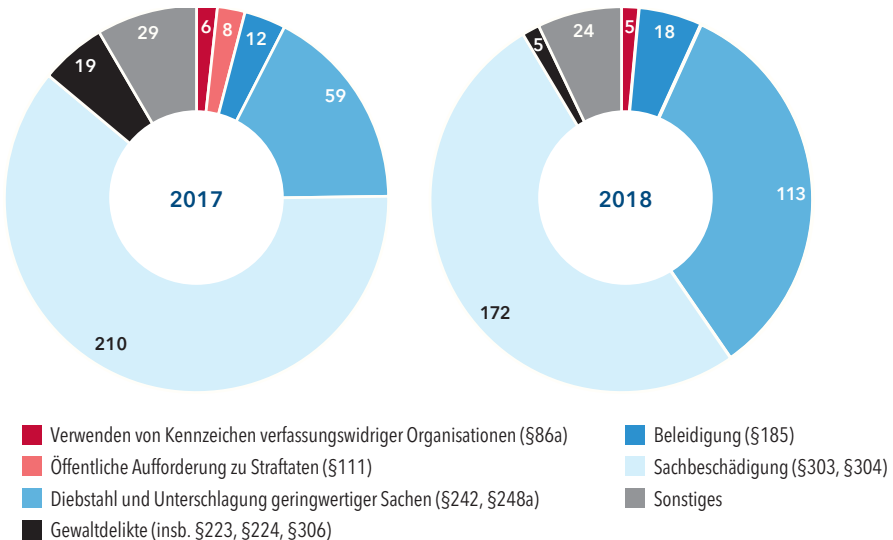
Die Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität - links - lassen sich weiter danach differenzieren, ob sie einen linksextremistischen Hintergrund haben. Hierunter fallen Straftaten, „bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitlich demokratische Grundordnung prägend sind“ (BMI, 2018, S. 24). Nicht alle Straftaten, die dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ zuzuordnen sind, müssen also notwendigerweise einen linksextremistischen Hintergrund haben. Laut der für diese Studie durchgeführten Sonderauswertung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes trifft dies jedoch auf die meisten Straftaten zu. So gelten 99 Prozent (bzw. 332 von 337) der im Jahr 2018 erfassten Straftaten, die dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ zuzuordnen sind, auch als linksextremistisch motiviert. Im Jahr 2017 sind es lediglich zwei Straftaten, die im Kriminalpolizeilichen Meldedienst *nicht* als linksextremistisch klassifiziert wurden. Die in den beiden Jahren nicht als linksextremistisch eingestuft Delikte beziehen sich dabei ausschließlich auf Straftaten ohne Gewaltbezug; Gewalttaten in diesem Phänomenbereich werden hingegen alle als linksextremistisch eingestuft.

Im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ wird zudem unterschieden zwischen Straftaten ohne Gewaltbezug und Gewalttaten. Zu letzteren zählen insbesondere jene Delikte, die u.a. Gewalt gegen Personen umfassen. Dazu zählen (versuchte) Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte (BMI, 2018). Wie in Abbildung 7

dargestellt, machen Gewalttaten einen eher geringen Anteil an allen politisch motivierten Straftaten - links - aus. Der durchschnittliche Anteil in den letzten zehn Jahren lag bei 14 Prozent, 2018 betrug er lediglich ein Prozent. In absoluten Werten ist die Anzahl der Gewalttaten zwischen 2009 und 2014 kontinuierlich gesunken, auf sechs Gewalttaten im Jahr 2014. Bis 2016 hingegen stieg die Anzahl auf 67 Gewalttaten an, um bis 2018 wieder auf fünf Gewalttaten zu sinken, der niedrigste Wert in den letzten zehn Jahren. Die Anzahl der Straftaten ohne Gewaltbezug stieg dagegen seit 2016 an, auf 332 Straftaten im Jahr 2018 (Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst; MILI, 2018; MILI, 2013).

Sowohl der leichte Anstieg gewaltorientierter Personen im linksextremistischen Personenpotential als auch der Zuwachs politisch motivierter Kriminalität - links - bis 2017 sind laut Verfassungsschutzbericht (MILI, 2018) neben den G-20 Protesten im Jahr 2017 insbesondere auf Anti-AfD-Agitationen zurückzuführen. Dies spiegelt sich auch in den Deliktarten wider: Ein hoher Anteil fällt zurück auf Beschädigung oder Zerstörung von Wahlkampfplakaten oder Sachbeschädigungen am Eigentum von AfD-Mitgliedern oder -Sympathisanten. Tatsächlich sind fast zwei Drittel der im Jahr 2017 erfassten politisch motivierten Straftaten - links - bzw. 51 Prozent der im Jahr 2018 registrierten Straftaten auf Sachbeschädigungsdelikte zurückzuführen, 21 Prozent (2017) bzw. 39 Prozent (2018) auf Diebstahl und/oder die Unterschlagung geringwertiger Sachen (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Politisch motivierte Kriminalität - links - nach Delikten, 2017 und 2018

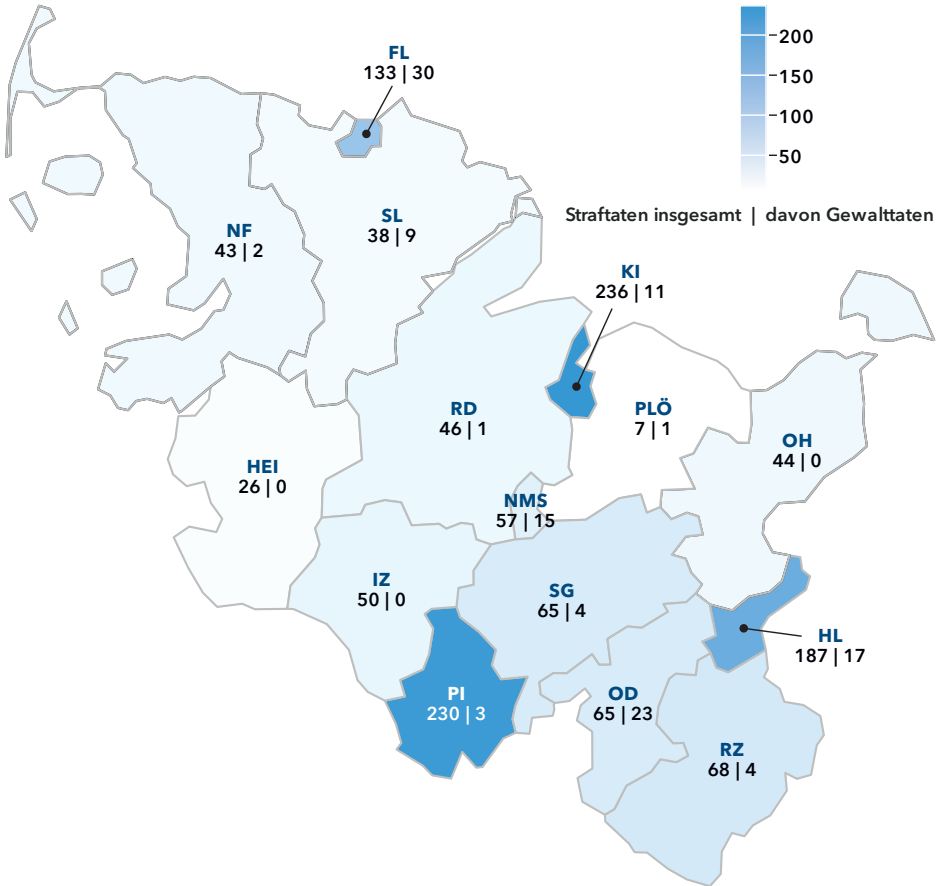


Quelle: Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst; MILI (2018); eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

Auch bzw. insbesondere die Anzahl der unter diesen Phänomenbereich fallenden Gewalttaten entwickelt sich anlassbezogen: So ist der Hochstand von 67 Gewalttaten im Jahr 2016 auf konkrete Anlässe in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Dazu zählen die Räumung des alternativen Wohn- und Kulturprojekts Luftschlossfabrik in Flensburg sowie Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Aufmärschen und Veranstaltungen insbesondere in Neumünster und im Kreis Stormarn. Im Jahr 2017 und 2018 ist die Anzahl der linksextremistischen Gewalttaten dagegen abgeflacht, was laut Verfassungsschutzbericht (MILI, 2018) insbesondere auf das Ausbleiben dieser Art von Anlässen zurückzuführen ist. Zu den Gewaltdelikten in Schleswig-Holstein zählen laut Sonderauswertung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes insbesondere Körperverletzungen, die aus Konfrontationen mit rechtsextremistischen Gruppierungen oder der Polizei resultieren.

Auffallend ist zudem die Konzentration der politisch motivierten Kriminalität – links – auf städtische Gebiete in Schleswig-Holstein. So wurden die meisten erfassten Straftaten im Jahr 2018 im Kreis Pinneberg erfasst, gefolgt von der Landeshauptstadt Kiel, Lübeck und Flensburg. Dieses Verteilungsmuster hält Bestand, wenn man den Zeitraum erweitert: Auch zwischen 2014 und 2018 wurden die meisten politisch motivierten Straftaten – links – in den kreisfreien Städten Kiel (236), Lübeck (187) und Flensburg (133) sowie dem Kreis Pinneberg (230) erfasst (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Verteilung der politisch motivierten Kriminalität - links - nach Landkreisen und kreisfreien Städten im Zeitraum 2014 bis 2018



Quelle: MILI (2015); MILI (2016); MILI (2017); Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst; eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

Ähnlich verteilen sich die darunter zugeordneten linksextremistischen Gewalttaten in Schleswig-Holstein: Sie wurden insbesondere in Flensburg (29), Lübeck (16) und Kiel (11) erfasst, jedoch auch in Stormarn (22) und Neumünster (15) – die Gewalttaten in Stormarn und Neumünster sind dabei insbesondere auf Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Aufmärschen und Veranstaltungen wie „Neumünster wehrt sich“ im Jahr 2016 zurückzuführen (MILI, 2015-2017; Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst).

Dieses Verteilungsmuster verdeutlicht einmal mehr, dass der Großteil der Straftaten anlassbezogen im Rahmen von Gegenveranstaltungen oder Anti-Agitationen verübt wird. Gewalt wird überwiegend dort angewendet, wo regionale Schwerpunkte linksextremistischer Feindbilder vorzufinden sind (beispielsweise ist die rechtsextremistische Identitäre Bewegung verstärkt in Lübeck, Kiel und Pinneberg vorzufinden) und entsprechende Veranstaltungen und Treffen (z.B. Landesparteitag der AfD in Kiel 2015) vermehrt durchgeführt werden.

2.4 Fazit

Hinsichtlich der vorliegenden Daten zu Linksextremismus in Schleswig-Holstein lassen sich also einige Grundtendenzen festhalten: Während sich die Anzahl linksextremistischer Personen in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren laut Verfassungsschutz nicht verändert hat, sind leichte Veränderungen in der Zusammensetzung des linksextremistischen Personenpotentials zu erkennen. So ist eine leichte Verschiebung weg vom dogmatisch orientierten, überalterten Spektrum, hin zum autonomen, lose organisierten und damit wenig überschaubaren Spektrum erkennbar, das im Vergleich zum dogmatischen Spektrum eine junge Altersstruktur und erhöhte Aktionsbereitschaft aufzeigt.

Auch die Situation in Schleswig-Holstein hinsichtlich politisch motivierter Kriminalität – links – spiegelt zwei grundsätzliche Tendenzen linker Gewalt wider: Einerseits ist der tatsächliche Einsatz linker Gewalt in Schleswig-Holstein stark anlassbezogen. Die meisten politisch motivierten Straftaten – links – sind Reaktionen auf Veranstaltungen oder Ereignissen von Akteuren, die in der linksextremistischen Szene als direkte politische Gegner bzw. Feindbilder gelten. Dazu zählen insbesondere das öffentliche Auftreten (bspw. Proteste und Infoveranstaltungen) von rechtsextremistischen Gruppierungen wie der Identitären Bewegung, aber auch Veranstaltungen (Parteitage, lokale Treffen, Wahlkampfveranstaltungen) der Partei AfD. Einige Befragte der Onlinebefragung sehen dabei eine Korrelation zwischen dem Erstarken (vermeintlich) rechtsextremistischer Gesinnung und dem gewaltorientierten Aktionismus des Linksextremismus. So schreibt ein Teilnehmender der Befragung: „Es ist eher der Rechtsextremismus, der die Gesellschaft bedroht und teilweise Linksextremisten zu neuen Aktivitäten herausfordert“. Laut eines der befragten Extremismusexperten besteht grundsätzlich eine interaktive Dynamik zwischen Links- und Rechtsextremismus. Wenn rechtsextreme Aktionen zunehmen, nimmt auch analog die linksextreme Aktivität zu.

Andererseits wird linke Gewalt insbesondere in Form von Sachbeschädigungen

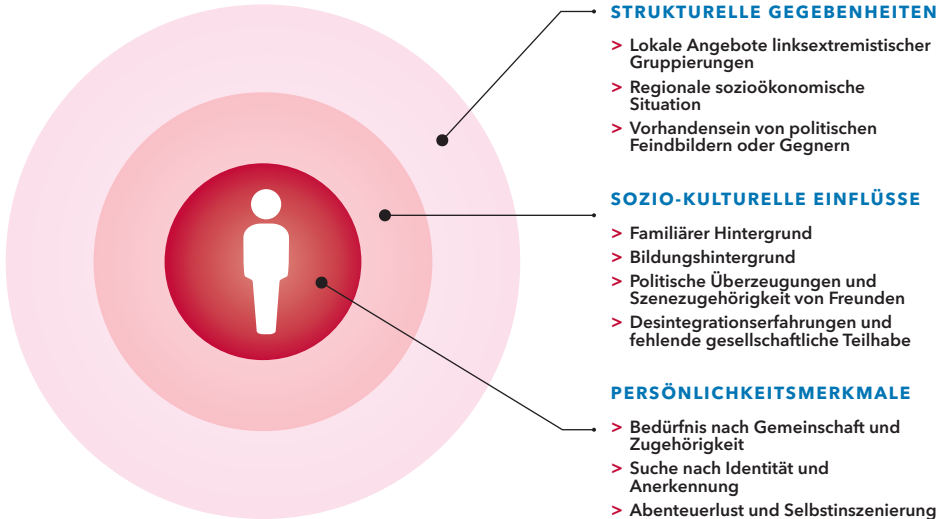
eingesetzt, entweder am Rande von Demonstrationen oder als gezielte Sabotage (Haunss, 2013; Baier, 2018). Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit anderen Personen kommt es meist nur am Rande von Demonstrationen, in direkter Konfrontation mit Rechtsextremisten oder mit der Polizei (Haunss, 2013; Pfahl-Traugher, 2014b).

3. Motivationsmuster und Beweggründe

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den individuellen Motivations- und Begründungsmustern zur Adaption von linksextremistischen Einstellungen sowie insbesondere zum Einsatz von Gewalt mit politischer Motivation aus dem linksextremistischen Spektrum. Tatsächlich setzen sich bereits viele wissenschaftliche Studien mit Radikalisierungsprozessen auseinander – und damit mit den Gründen der zunehmenden Infragestellung der Legitimation einer normativen Ordnung und/oder die zunehmende Bereitschaft, die institutionellen Strukturen dieser Ordnung zu bekämpfen (Gaspar, Daase, Deitelhoff, Junk und Sold, 2015). Speziell für Linksextremismus gibt es jedoch bislang vergleichsweise wenig Erkenntnisse zu den Radikalisierungsprozessen. Nach Einschätzung eines Extremismusexperten, der im Rahmen dieser Studie befragt wurde, lässt sich daher kein eindeutiges linksextremistisches Profil ausmachen. Allerdings zeigt sich, dass es zwischen den verschiedenen Formen des politischen Extremismus zum Teil Parallelen gibt und viele der Ursachen für eine Radikalisierung im soziokulturellen und strukturellen Umfeld der Individuen begründet sind. So weisen die Biografien von unterschiedlichen Extremisten unabhängig von ihrer konkreten ideologischen Zugehörigkeit viele Ähnlichkeiten auf, wobei die Ideologie im Hinblick auf die Radikalisierung eher zweitrangig zu sein scheint (Lützing, 2010).

Dabei gibt es nicht *den einen* Faktor, der einer Radikalisierung von Personen vorausgeht. Vielmehr fallen mehrere Einflüsse zusammen, die einen solchen Prozess befördern. Entsprechende „Gelegenheiten“ sind dabei genauso wichtig wie eine persönliche „Handlungsbereitschaft“ (Hillebrand et al., 2015, S. 162) und strukturelle Rahmenbedingungen (siehe Abbildung 1; Abbildung 10). Daher werden im Folgenden neben den linksextremistischen Einstellungen auch die persönlichen, soziokulturellen und strukturellen Merkmale analysiert, die eine Radikalisierung linksextremer Personen begünstigen. Anschließend wird der Schritt von der linksextremen Gruppenzugehörigkeit zur aktiven Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele näher untersucht. Ein besonderer Fokus liegt dabei stets auf der Situation in Schleswig-Holstein.

Abbildung 10: Einflussfaktoren einer politischen Radikalisierung



Quelle: Eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

3.1 Persönlichkeitsmerkmale

In der Erforschung der Ursachen, warum Menschen sich politisch radikalieren, wurden einige Persönlichkeitsmerkmale identifiziert, die einen solchen Radikalisierungsprozess befördern. In diesem Kapitel werden die wichtigsten Persönlichkeitsmerkmale erläutert, die zu einer Politisierung von (insbesondere jugendlichen) Personen führen und welche Rolle hierbei die linke Subkultur spielt.

Bedürfnis nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit

Für den Einstieg und Verbleib in der linken Szene ist das Gefühl von Gemeinschaft und Zugehörigkeit unter den Mitgliedern ein wichtiger Faktor. Die von Hillebrand et al. (2015) in ihrer qualitativen Studie befragten linksaffinen Jugendlichen äußerten beispielsweise das „Gefühl, endlich gleichgesinnte Menschen gefunden zu haben“ (S. 164). Sie erfahren in der linken Szene ein Gemeinschaftsgefühl, welches sie unter Mitschülern nicht empfinden. Auch fühlten sich die Jugendlichen innerhalb der Szene „akzeptiert und mit ihren Werten und Ansichten ernstgenommen und angenommen“ (S.149). Durch diese Verbindung entsteht ein Gefühl von Zugehörigkeit und eine Unterscheidung von Ingroup und Outgroup (Matt, 2017). In diesem Zuge bilden sich sukzessive radikale Strukturen und Interaktionssysteme heraus, die unabhängig von allen individuellen Erfahrungen und Motiven die Subjekte prägen“ (Zick, 2017, S. 23).

Verstärkt wird dieses „Wir-Gefühl“ (Matuschek et al., 2011, S. 43) und die Abgrenzung zu außenstehenden Personen durch eine stark ausgeprägte Symbolik. Diese wird vor allem durch eine szeneeigene Musik, der eine wichtige gemeinschaftsfördernde Rolle zugesprochen wird, aber auch durch einen distinkten Kleidungsstil, Rituale und andere kulturelle Symbole ausgedrückt. Von hoher Bedeutung sind hierbei auch die Treffpunkte, zu denen unter anderem autonome oder linke Zentren, Wohnprojekte, Konzerträume und städtische Jugendzentren gehören. Diese Orte bilden einen wichtigen Bezugspunkt für die Freizeitgestaltung und die Grundlage für das regelmäßige Zusammentreffen mit Gleichgesinnten, durch welches die Jugendlichen Selbstbestätigung und Gemeinschaftlichkeit erfahren (Hillebrand et al., 2015).

Das Gemeinschaftsgefühl scheint auch eine wichtige Rolle für die Anwendung von linker Gewalt in Schleswig-Holstein zu spielen. So haben die Ergebnisse der durchgeführten Umfrage ergeben, dass das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit nach Einschätzung der Akteure zu den wichtigsten fünf Beweggründen dafür zählt, linke Gewalt auszuüben. Konkret sehen 30 Prozent der befragten Akteure das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit als sehr relevante oder relevante Ursache linker Gewalt in ihrer Region und ihrem Arbeitsfeld an. Bedeutsame soziale Bezugspunkte für die autonome Szene in Schleswig-Holstein stellen laut des Verfassungsschutzes Schleswig-Holstein Wohngemeinschaften sowie Szenetreffpunkte und selbstverwaltete Zentren der linken Szene wie beispielsweise die Alte Meierei in Kiel sowie die alternative e.V. in Lübeck dar (MILLI, 2018).

Suche nach Identität und Anerkennung

Ein weiterer Mechanismus, der in vielen Fällen bedeutsam für die Radikalisierung ist, dabei jedoch sehr unterschiedliche Formen annehmen kann, ist der Prozess der Identitätsfindung. Denn extremistische Einstellungen können insbesondere für Personen, die durch einen Prozess der Selbstverortung gehen oder auf der Suche nach Sinnhaftigkeit sind, attraktiv sein. So bieten extremistische Gruppierungen neben Gruppenzugehörigkeit und Gemeinschaft in ihren Auffassungen und Zielen auch Orientierung und Eindeutigkeit und klare Antworten auf existentielle Lebensfragen (Baier, 2018). Da eine solche Identitätsfindung und Sinnsuche häufig im Jugendalter stattfindet, sind Menschen in dieser Lebensphase auch besonders empfänglich für extremistische Ideologien. In dieser Zeit setzen sich viele Jugendlichen besonders kritisch mit den Ansichten ihrer Eltern und gesellschaftlichen Normen auseinander und haben das Bedürfnis sich demgegenüber abzugrenzen und eigene mögliche Lebensentwürfe und Orientierungspunkte zu finden. Diese Suchprozesse führen dazu, dass verschiedene politische Ansichten und Ausdrucksformen ausprobiert und in ihrer Radikalität variiert werden (Hillebrand et al., 2015).

Ein damit eng verbundener Faktor ist das Gefühl der Selbstwirksamkeit und die erfahrene Anerkennung, die Personen in extremistischen Szenen erhalten. Anerkennung stärkt die Identität, führt zu Selbstwirksamkeitserlebnissen und letztlich zu Wohlbefinden. Wenn Menschen in ihren anderen Lebensbereichen keine Anerkennung erhalten, kann dies dazu führen, dass sie sich jenseits der gesellschaftlich vorgegebenen Möglichkeiten Anerkennung suchen (Baier et al., 2016). Diese Suche nach persönlicher Bedeutung (Quest for Significance) kann ein Grund dafür sein, warum Menschen sich radikalieren (Dugas und Kruglanski, 2014).

Auch für linksextremistische Akteure in Schleswig-Holstein scheinen Identitätsfindung und das Gefühl von Anerkennung ausschlaggebend für ihr Engagement zu sein. Zumindest sehen 40 Prozent der im Rahmen dieser Studie befragten Akteure die Suche nach Identität, Sinnhaftigkeit und Anerkennung als wichtigen Einflussfaktor für linksextremistische Einstellungen an.

Abenteuerlust und Selbstinszenierung

Bei den Wegen in die Szene spielt außerdem Erlebnisorientierung eine Rolle. So sind Abenteuerlust und Aktionsorientierung Motivatoren für alle Formen des politischen Extremismus, besitzen aber insbesondere bei umweltaktivistischen und linksextremistischen Gruppierungen eine hohe Bedeutung (Barrelle, 2015). Beispielsweise macht die von der Antifaschistischen Aktion (Antifa) inszenierte Jugendkultur eine nicht zu unterschätzende Attraktivität der Bewegung aus. Diese geht einher mit einem gewissen Stil „bestehend aus Mode, einer sportlich-toughen Selbstdarstellung und einer gewissen Überlegenheitshaltung gegenüber anderen, sowie einer spezifischen Erlebniswelt.“ (Schumacher, 2015, S. 12). Allgemein bieten extremistische Gruppierungen eine Plattform für Selbstinszenierung und Selbsterhöhung. Neben diesen beiden Aspekten werden außerdem Männlichkeit und Kriegerethik und das Ausleben von Machtphantasien als weitere „Attraktivitätsmomente“ von Extremismus identifiziert (Ceylan und Kiefer, 2018).

Die hohe Bedeutung von Aktionismus und Selbstinszenierung in linksextremistischen Gruppierungen kann einen Erklärungsansatz dafür bieten, warum sie vor allem für junge und männliche Personen attraktiv sind. Außerdem fühlen sich insbesondere solche Personen von extremistischen Gruppierungen angesprochen, die Gewalt und Aggression als Mittel der Konfliktlösung einsetzen und insofern eine dissoziale Auffälligkeit aufweisen (Baier, 2018). Auch eine niedrige Selbstkontrolle wird als Einflussfaktor für extremistisches Verhalten genannt: „Personen mit niedriger Selbstkontrolle sind erstens impulsiv, d.h. unfähig das eigene Leben langfristig zu planen

und auf ein Ziel hin auszurichten. Sie beschäftigen sich zweitens im Wesentlichen mit einfachen Aufgaben, weil ihnen der Fleiß, die Beharrlichkeit und die Ausdauer für die Bewältigung von Herausforderungen fehlen. Drittens fühlen sie sich zu risikoreichen Verhalten hingezogen. Sie neigen viertens zu körperlichen Aktivitäten. Fünftens agieren sie eher selbstbezogen. Schließlich sechstens erscheinen sie oft gereizt, haben eine geringe Ambiguitäts- und Frustrationstoleranz und müssen daher bei Konflikten eher auf körperliche, als auf verbale Lösungen setzen“ (Baier et al., 2016, S. 6).

Für Schleswig-Holstein scheint die hohe Bedeutung von Erlebnisorientierung und Selbstinszenierung insbesondere für die Anwendung linker Gewalt zu gelten. So zeigen die Ergebnisse der Onlinebefragung, dass Selbstinszenierung und Selbsterhöhung als wichtiger Einflussfaktor für die Anwendung linker Gewalt gesehen werden. Immerhin 30 Prozent der Akteure sehen hier eine hohe oder sehr hohe Relevanz. Als Ursache für extremistische Einstellungen scheint Selbstinszenierung und Selbsterhöhung dagegen im Vergleich zu anderen Faktoren nicht so relevant zu sein. Darüber hinaus äußerten die Teilnehmenden des Auswertungsworkshops in Kiel die Einschätzung, dass bei einigen Straftaten nicht immer eine eindeutig linksextreme Motivation erkennbar sei. Dies sei beispielsweise der Fall bei der Zerstörung von Wahlplakaten, bei der zum Teil nicht gezielt AfD Wahlplakate zerstört würden, sondern die aller politischen Parteien. Dies könnte auf eine vordergründige Erlebnisorientierung hinweisen.

3.2 Sozio-kulturelle Einflüsse

Eine biographische Analyse von extremistischen Personen und ihren Radikalisierungsprozessen zeigt, dass sich im sozialen Umfeld der Personen Faktoren ausmachen lassen, die eine ideologische Radikalisierung und Gewaltbereitschaft begünstigen. Diese Einflussfaktoren lassen sich sowohl im familiären und schulischen Hintergrund als auch im Freundeskreis und über Erfahrungen von Diskriminierung und Benachteiligung finden.

Familiärer Hintergrund

Maßgeblich für die Akzeptanz gesellschaftlicher Werte und Normen ist allgemein eine entsprechende Sozialisation im Elternhaus. Daher ist eine politische Radikalisierung allgemein häufig bei Jugendlichen erkennbar, bei denen familiäre Probleme vorliegen. So gelten zum Beispiel ausbleibende oder problematische Wertevermittlung im Elternhaus, elterliche Vorurteile, familiäre Konflikte und Erfahrungen von Gewalt in der

Familie als förderliche Faktoren für eine Radikalisierung (Beelmann, 2017). Auch zeigt sich, dass Familien von radikalisierten Personen häufig von Scheidung, Abwesenheit des Vaters, Krankheit oder besonderen Todesfällen betroffen waren, wodurch möglicherweise weniger Zeit und Aufmerksamkeit für die Entwicklung der Kinder vorhanden war (Sikkens et al., 2017). Ein hoher sozialer Zusammenhalt in der Nachbarschaft scheint dagegen einen Schutzfaktor darzustellen (Baier, 2018).

Als Folge eines instabilen familiären Hintergrunds kann es zu einer fehlenden Norminternalisierung bei den betroffenen Jugendlichen kommen. Das bedeutet, es findet keine Identifikation mit dem gesellschaftlichen Normen- und Institutionengefüge statt und es entsteht stattdessen eine „Identität, die Delinquenz einschließt und die auch eine Bereitschaft beinhaltet, sich im Bereich des politischen Extremismus zu engagieren“ (Baier, 2018, S. 10).

Bildungshintergrund

Die Schule übernimmt für die Sozialisation von Jugendlichen zwei wichtige Funktionen. Erstens trägt sie wesentlich zur Erfahrung von Anerkennung und Selbstwirksamkeit bei, die Jugendliche durch schulischen Erfolg erhalten, und zweitens übernimmt sie auch eine wichtige Rolle in der Vermittlung gesellschaftlicher Werte.

Biografien von Extremisten sind häufig gekennzeichnet durch Misserfolge in Schule und Beruf (Lützing, 2010). Die Zustimmung zu gewaltakzeptierenden bzw. extremistischen Einstellungen fällt desto höher aus, je schlechter die Schulleistungen sind (Baier, 2018). Erklärt wird dies mit der Kontrolltheorie, nach der schulisch erfolgreiche Kinder und Jugendliche die Schule und Gesellschaft, die die Schule verkörpert, eher akzeptieren. Denn die Zustimmung zum gesellschaftlichen Normen- und Institutionengefüge basiert auf dem Erfolg, den die einzelne Person innerhalb dieses Gefüges erzielt.

Für den Bereich des Linksextremismus finden sich in der Literatur widersprüchliche Befunde. Zum einen gibt es Hinweise darauf, dass linksextremistische Jugendliche eher aus bildungsfernen Schichten stammen (Deutz-Schroeder und Schroeder, 2015; Deutz-Schroeder und Schroeder, 2016; Baier und Pfeiffer, 2011.) Andere Studien weisen demgegenüber darauf hin, dass linksaffine Jugendliche eher aus „bildungsnahen Elternhäusern“ (Hillebrand et al., 2015, S. 55) stammen, eine positive Beziehung zu ihren Eltern haben und von ihnen zudem wichtige demokratische Werte wie „Informiertsein, Mitdenken, Sich-Einmischen und Mitgestalten“ vermittelt bekommen (Kühnel und Willems, 2016, S. 124). Auch ein im Rahmen dieser Studie befragter Extremismusexperte erklärt, dass in der linken Szene zumindest in Deutschland durchschnittlich ein sehr hohes Bildungsniveau und ein sehr entfalteter Theoriediskurs existiert.

Für Schleswig-Holstein gibt es keine landesspezifischen wissenschaftlichen Befunde zum Bildungshintergrund linksextremer Personen. Die Akteure, die am Auswertungsworkshop dieser Studie teilgenommen haben, vertreten die Ansicht, dass Linksextremismus eher von bildungsnahen Personen ausgeht.

Politische Überzeugungen und Szenezugehörigkeit von Freunden

Auch der Peer Group kommt laut einiger Studien sowohl beim Eintritt in die Szene als auch für die zunehmende Radikalisierung eine hohe Bedeutung zu. Denn das soziale Netzwerk ist für die Entwicklung und Aufrechterhaltung von politischem Engagement ein wichtiger Faktor (Hillebrand et al., 2015).

Der erste Kontakt findet oft über Freunde und Bekannte statt, die entweder als „Türöffner“ fungieren und die Betroffenen unmittelbar in die politische Gruppe einführen oder als Vorbild dienen und somit den Einstieg ins Engagement eher indirekt befördern (Hillebrand et al., 2015). Zum Teil geschieht dieser erste Kontakt aus völlig unpolitischen Gründen heraus (vgl. Kapitel 3.1) und auch das anfängliche Engagement muss nicht zwangsläufig politisch sein. „So beginnen die Jugendlichen zunächst damit, unpolitische Aufgaben zu übernehmen, wie das Arbeiten an der Theke bei Veranstaltungen oder das Organisieren von Konzerten. Diese können später in organisiertem Engagement münden“ (Hillebrand et al., 2015, S. 161).

Im nächsten Schritt erfolgt eine allmähliche Loslösung vom bisherigen Leben, eine Abschottung gegenüber der Außenwelt und die Etablierung eigener Norm- und Wertesysteme, die spezifische Einstellungen und Verhaltensweisen nahelegen (Baier, 2018). Es können folgende Gruppenprozesse identifiziert werden: die Gruppenpolarisierung, das Gruppendenken, die Ingroup-Aufwertung, den Intergruppenvergleich, die Deindividuation und die Gruppennormen (Borum, 2017). Im Zuge dieser Prozesse findet eine zunehmende Radikalisierung in der Gruppe statt, an die sich primär nicht unbedingt aufgrund ideologischer Überzeugungen angeschlossen wurde (Baier, 2018). Auch Kühnel und Willems (2016) haben in ihrer Studie herausgefunden, dass erste eigene politische Aktivitäten von Jugendlichen „erst im Kontext von Peergruppen und jugendlichen Szenen bzw. Subkulturen stattgefunden haben“ (S. 124).

Wie wichtig das soziale Umfeld insbesondere auch für die persönliche Gewaltbereitschaft ist, zeigen die Ergebnisse der kriminologischen Forschung. Danach besitzen Jugendliche mit strafrechtlich auffällig gewordenen Freunden eine höhere Wahrscheinlichkeit selbst strafrechtlich auffällig zu werden (Agnew, 1991). Einen Grund hierfür könnte auch „Gruppendruck“ darstellen, der nach Aussage eines in dieser Studie befragten Extremismusexperten einen Einfluss auf die Gewaltbereitschaft hat.

Die Einschätzung, dass die politischen Überzeugungen und Szenezugehörigkeit von Freunden für die Anwendung linker Gewalt relevant sind, wird von den Teilnehmenden der Onlinebefragung in Schleswig-Holstein geteilt. Laut der Umfrageergebnisse sehen 29 Prozent der Befragten den Freundeskreis als eine treibende Kraft für linke Gewaltausübung an.

Desintegrationserfahrung und politische Teilhabe

Der Radikalisierungsprozess kann auch in vergangenen Desintegrations- und Diskriminierungserfahrungen begründet sein, die eine Anfälligkeit für extremistische Ideologien begünstigen. Gesellschaftskritik bei linksaffinen Jugendlichen ist nur selten in einem umfassenden ideologischen Rahmen eingebettet (Hillebrand et al., 2015). Stattdessen basiert Gesellschaftskritik vielmehr auf persönlichen Erfahrungen, die die Jugendlichen in ihrem Alltag an der Universität, im Arbeitsleben und im zwischenmenschlichen Umgang gemacht haben. So scheint die Anfälligkeit für extremistische Ideologien bei benachteiligten Jugendlichen mit mehrfachen und dauerhaften Diskriminierungs- bzw. Ausschlusserfahrungen besonders groß zu sein (El-Mafaalani, 2017). Dies können sowohl persönliche Viktimisierungserfahrungen wie auch eine allgemeine soziale Desintegration sein. Soziale Desintegration bezeichnet dabei „die Verbindung oder Prekarität des Zugangs zu gesellschaftlichen Teilsystemen (wie zum Arbeitsmarkt etc.), der Partizipation an öffentlichen Einrichtungen und der Sicherung gemeinschaftlicher Einbindung“ (Heitmeyer, 2002, S. 27 f.). Einzelne Lebensbereiche, die von sozialer Desintegration betroffen sind, können dabei oftmals durch andere Bereiche kompensiert werden und führen nicht automatisch zu normabweichendem Verhalten. Je umfassender die Ausschlusserfahrungen und die soziale Desintegration allerdings sind, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Außenseiter jenseits der gesellschaftlich gegebenen Möglichkeiten orientieren (Endrikat et al., 2002). Ausgangspunkt für eine solche Anfälligkeit für extremistische Ideologien können auch krisenhafte Erfahrungen auf einer nicht-persönlichen, sozialen Ebene sein wie beispielsweise die Wahrnehmung gesellschaftlicher Missstände oder Ungerechtigkeiten und Diskriminierung gegenüber Dritten. Als Konsequenz solcher Erfahrungen kann es zu einer „suchenden und sondierenden Haltung in Bezug auf neue Lebenskonzepte und Deutungsmuster“ (Baier, 2018, S. 61) kommen und damit zu einer Öffnung für extremistische Ideologien. Wird das „Selbstkonzept im Lichte der Ideologie interpretiert“, kommt es zu einer „Neudefinition des Selbstkonzepts“ und zu einer „Zuspitzung der Radikalisierung“ (Leuschner et al., 2017, S. 64).

Viele der von Hillebrand et al. (2015) in ihrer Studie befragten linksaffinen Jugendlichen gaben zudem an, dass ihr politisches Engagement aus einem Schlüsselereignis

heraus begann. So berichteten sie von so einschneidenden und prägenden Erfahrungen, dass sie direkt die Notwendigkeit sahen, sich aktiv z.B. gegen die wahrgenommenen Missstände zu engagieren.

Für Schleswig-Holstein werden „Desintegrationserfahrungen und fehlende gesellschaftliche Teilhabe“ von den Teilnehmenden der Onlinebefragung jedoch sowohl für extremistische Einstellungen als auch für linke Gewalt als weniger relevant im Vergleich zu anderen Ursachen eingestuft.

3.3 Strukturelle Gegebenheiten

Neben gewissen Persönlichkeitsmerkmalen und dem sozialen Umfeld von extremistischen Personen können auch externe Umweltfaktoren eine Radikalisierung befördern. In der Literatur wurden dabei insbesondere der Zugang zur linksextremen Szene, der regionale wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontext und das Vorhandensein politischer Feindbilder als begünstigende Faktoren für eine politische Radikalisierung identifiziert.

Lokale Angebote von linksextremistischen Gruppierungen

Von Bedeutung für den Eintritt in eine extremistische Szene ist das Vorhandensein entsprechender lokaler Angebote. Es müssen also Gelegenheiten für Jugendliche vor Ort bestehen, mit der Szene in Kontakt zu kommen (Baier, 2018). Für linksextremistische Gruppierungen spielen hierbei insbesondere einschlägige Szenetreffs wie z.B. Kneipen, Buchläden und Musikclubs eine Rolle, in denen sich auch Nichtextremisten aufhalten (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2016). Manche Studien gehen sogar so weit zu sagen, dass Jugendliche die Form des Extremismus nicht bewusst wählen, sondern Anschluss an jenen Extremismus finden, zu dem sie vor Ort leichter Zugang haben (Baier, 2018). In welcher spezifischen Gruppe man sich engagiert, hängt anfänglich zu großen Teil davon ab, welche Gruppierungen im sozialen Umfeld vorhanden sind. Die meisten Betroffenen kommen mit einer spezifischen Gruppe oder Bewegung in Kontakt und schließen sich dieser am Ende fast zufällig an (Schils und Verhage, 2017).

Das Vorhandensein linksextremistischer Angebote im lokalen Umfeld kann einen Erklärungsgrund darstellen, warum Linksextremismus allgemein ein stärker städtisches Phänomen ist. Es gibt Hinweise, dass Linksextremismus in städtischen Gebieten etwas verbreiteter ist als in ländlichen Gebieten (Bergmann et al., 2017). Insbesondere Autonome lassen sich als „Großstadt-Phänomen“ beschreiben, wobei Berlin und

Hamburg die Hochburgen der Szene darstellen (Pfahl-Traughber, 2017b). In ländlichen Regionen sind Autonome – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – kaum präsent.

Wie bereits in Kapitel 2.1. dargestellt, zeigen die Ergebnisse der im Rahmen dieser Studie durchgeführten Onlinebefragung, dass Linksextremismus auch in Schleswig-Holstein eine stärkere Präsenz in städtischen Gebieten aufweisen dürfte. Während die Befragten aus eher ländlichen Regionen zu 86 Prozent widersprechen, dass Linksextremismus in ihrem Gebiet relevant sei, sind es bei den städtischen Akteuren nur knapp die Hälfte. Auch die Daten des Verfassungsschutzes zeigen, dass linksextremistische Straftaten primär in den kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins begangen werden (MILI, 2015; MILI, 2016; MILI, 2017). Nach Einschätzung eines Teilnehmenden der Onlinebefragung gebe es außerdem im Vergleich zu früher allgemein eine größere Auswahl extremistischer Plattformen, aus denen Menschen mit extremistischen Tendenzen auswählen könnten.

Regionale sozioökonomische Situation

Ähnlich wie der familiäre Hintergrund spielt auch das größere regionale Umfeld eine Rolle für die Wahrscheinlichkeit einer politischen Radikalisierung. Dabei lassen sich sowohl Schutz- als auch Risikofaktoren identifizieren. Regionen mit einer aktiven Zivilgesellschaft, in denen normenkonforme Akteure und eine offene, liberale und beteiligungsorientierte politische Kultur vorhanden sind, werden beispielsweise eine präventive Wirkung zugesprochen. Das Risiko der Radikalisierung ist hier demnach geringer (Baier, 2018; Kühnel und Willems, 2017). In strukturschwachen Regionen ist das Risiko einer Radikalisierung deutlich höher. Konkrete Risikofaktoren sind hier das Fehlen politisch geteilter positiver Werte, eine wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und unsichere Zukunftsaussichten (Baier, 2018).

Allgemein erfahren extremistische Ansichten eine stärkere gesellschaftliche Unterstützung in unsicheren Zeiten, beispielsweise in der Periode eines wirtschaftlichen Abschwungs (Midlarsky, 2011). Als Grund hierfür wird unter anderem das Bedürfnis der Menschen nach Klarheit und Sicherheit angegeben, was mit einer Flucht in Eindeutigkeit und Halt gebende Ideologien einhergehen kann (Kruglanski et al., 2006).

Aktuelle linksextremistische Aktionsfelder sehen zwei der interviewten Extremismusexperten primär in der Flüchtlingsthematik und der damit einhergehenden Pro-Migrations-Bewegung, der Klima- und Umweltbewegung sowie dem verstärkten Protest gegen Rechts anlässlich erstarkender rechter Parteien in Europa. Außerdem führen solche Entwicklungen nach Aussage eines in dieser Studie befragten Extremismusexperten auch zu anlassbezogenen Bündnissen zwischen linksextremistischen Gruppierungen, die normalerweise eher lokal aktiv und organisiert sind.

Auch fehlende politische Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Region – z.B. im Schulkontext – können zu Frustration und fehlender Anerkennung führen und problematische Folgen nach sich ziehen. „Damit die Partizipation in der Schule ihre fördernden Effekte entfalten kann, müssen nicht nur Möglichkeiten für Beteiligung gegeben sein, es ist außerdem bedeutsam, dass die Schüler das Gefühl haben, dort auch effektiv etwas bewegen zu können“ (Hillebrand et al., S. 137). Schulische Partizipation macht zwar nur einen Teilbereich der materiellen, institutionellen und sozialen Teilhabe aus. Eine normabweichende Entwicklung von Jugendlichen wird aber umso wahrscheinlicher, je weniger Teilhabemöglichkeiten insgesamt bestehen (Endrikat et al., 2002; vgl. Kapitel 3.2).

Aktuelle sozioökonomische Entwicklungen, welche in Schleswig-Holstein Anlass für linksextremistische Aktivitäten bieten, bestehen insbesondere in dem verstärkten Zugang von Geflüchteten sowie der Zunahme gezielter Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit der rechtsextremistischen Gruppierung „Identitäre Bewegung“ und der Erstarkung der AfD (vgl. Kapitel 2.2). Insgesamt scheint die Kritik an den sozioökonomischen und gesellschaftlichen Umständen in Schleswig-Holstein die wichtigste Ursache für das politische Engagement von Linksextremisten zu sein. So schätzen die an der Onlinebefragung teilgenommenen Akteure die „Wahrnehmung von politischen und gesellschaftlichen Missständen“ mitunter als wichtigste Ursache für sowohl linksextremistische Einstellungen als auch linke Gewalt in Schleswig-Holstein ein. Auch fehlende Partizipationsmöglichkeiten werden als Beweggrund genannt: So sehen über ein Drittel der befragten Akteure „Unzufriedenheit mit politischen Partizipationsmöglichkeiten“ als eine Ursache für extremistische Einstellungen an.

Vorhandensein politischer Feindbilder und Gegner

Ein weiterer externer Faktor, der die Herausbildung extremistischer Strukturen beeinflusst, ist das Vorhandensein „feindlicher“ Akteure oder Gruppierungen vor Ort. Denn die Ausübung extremistischen Verhaltens hängt auch davon ab, ob im sozialen Umfeld der Jugendlichen jene Gruppen vorhanden sind, die als Gegner eines politischen Extremismus gelten und entsprechend angegriffen werden können. Im Fall des Linksextremismus trifft dies insbesondere auf (vermeintliche) Rechtsextremisten (Antifaschismus) sowie Polizisten und Polizistinnen (Antirepression) zu. So geht eine Zunahme des Rechtsextremismus oftmals einher mit einer Zunahme des Linksextremismus und umgekehrt (Baier, 2018).

Konfrontationserfahrungen mit entsprechenden Akteuren können dabei sowohl als Ausgangspunkt für ein politisches Engagement dienen, als auch zu einer Verstärkung

eines bestehenden Engagements führen. Eine erlebte Auseinandersetzung mit Rechten bzw. „Nazis“ kann beispielsweise maßgeblich für den Beginn eines Engagements in einer antifaschistischen Bewegung sein (Schuhmacher, 2013). Auch berichteten linksaffine Jugendliche fast durchgängig entweder von eigenen prägenden konfrontativen Erfahrungen mit der Polizei oder entsprechenden Erfahrungen von Dritten (Kühnel und Willems, 2017). Dadurch entstehende Wechselwirkungen zwischen den politischen Kontrahenten wirken darüber hinaus oftmals als Beschleuniger radikalisierender Prozesse mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2016). Laut eines im Rahmen dieser Studie befragten Extremismusexperten ist hierbei auch die bewusste Schaffung eines kollektivistischen, undifferenzierten Feindbildes ein essentieller Schritt zur Bekämpfung solcher Gegner. So würden Polizisten häufig als „Bullen“ bezeichnet und damit entpersonalisiert.

Diese Wechselwirkungen sind derzeit auch in Schleswig-Holstein zu beobachten. Wie bereits in Kapitel 2.2 beschrieben, sind die Aktivitäten der linksextremistischen Szene und insbesondere der Einsatz linker Gewalt stark anlassbezogen. Laut Verfassungsschutzbericht (MILI, 2018, 2019) liegen die Schwerpunkte linksextremistischer Agitation in den letzten Jahren auf den Themenfeldern Antifaschismus in enger Verknüpfung mit Antirassismus sowie Antikapitalismus und Antirepression. Grund hierfür war in all diesen Feldern die vermehrte Aktivität „politischer Gegner“ der linksextremistischen Szene. Hierbei ist insbesondere die AfD zu nennen, die Ziele vermehrter Anti-Agitationen seitens der Linksextremisten waren. Dies ist insbesondere anlässlich des Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein (Mai 2017) und des Bundeswahlkampfes (September 2017) zu beobachten gewesen. Diese Einschätzung wird auch von den Teilnehmenden des Auswertungsworkshops in Kiel geteilt. Ihrer Meinung nach sind die Aktivitäten im Rahmen des Linksextremismus als „Reaktion auf politische Provokation, insbesondere von der AfD“ erfolgt. Aber auch rechtsextremistische Gruppierungen wie die Identitäre Bewegung, die seit einiger Zeit einen verstärkten Zulauf erhält und durch gezielte Kampagnenarbeit öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht, stellen weiterhin einen politischen Gegner dar, welcher linksextremistische Aktivitäten veranlasst. So hat insbesondere das vermehrte öffentliche Auftreten der Identitären Bewegung zu Gegendemonstrationen linksextremistischer Personen geführt, die teilweise konfrontativ verliefen. Im Zusammenhang mit den Gegenprotesten zum G-20 Gipfel in Hamburg fand ein Engagement von Seiten der Linksextremisten dagegen verstärkt im Aktionsfeld Antikapitalismus und Antirepression statt, wobei es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam (MILI, 2018).

3.4 Linke Gewalt

Die Ursachen für den Einsatz linker Gewalt ähneln zum Großteil den Ursachen für eine politische Radikalisierung. Außerdem scheint es auch einen direkten Zusammenhang zwischen extremen Einstellungen und entsprechenden Verhaltensweisen zu geben. Extreme Einstellungen erhöhen unabhängig von allen anderen betrachteten Einflussfaktoren signifikant die Wahrscheinlichkeit extremen Verhaltens, auch wenn nicht alle extrem denkenden Jugendlichen entsprechendes Verhalten an den Tag legen (Baier et al., 2016).

Allerdings zeigt sich, dass sich die Gewaltbereitschaft innerhalb linker Gruppierungen stark unterscheidet und über die Zeit der Szenezugehörigkeit tendenziell wächst. Auch lassen sich bestimmte Situationen und Umstände identifizieren, die die Anwendung von linker Gewalt begünstigen. Denn die Forschung zu linksextremistischen Gewaltereignissen belegt, dass neben individuell-biografischen Risikofaktoren, wie sie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurden, vor allem auch situative Aspekte von großer Bedeutung für die Anwendung von Gewalt sind. Daher soll in diesem Artikel das Verhältnis zu Gewalt in linken Gruppierungen untersucht werden und Kontextfaktoren herausgestellt werden, die eine Eskalation von Gewalt begünstigen.

3.4.1 Verhältnis zu Gewalt

Die Gewaltbereitschaft von linksextremistischen Personen unterscheidet sich stark in ihrem Ausmaß und ihrer Zielsetzung und führt nach Aussage eines im Rahmen dieser Studie befragten Extremismusexperten auch innerhalb der Szene regelmäßig zu kritischen Auseinandersetzungen. In der Studie von Kühnel und Willems (2017), in welcher das Verständnis von Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen untersucht wird, lehnt der Großteil der befragten Jugendlichen Gewalt weitgehend ab, insbesondere bei Gewalt gegen Personen – diese findet bei den Befragten überwiegend keine Akzeptanz. Als Ausnahme gelten Notwehr, Selbstverteidigung und Gewalt zum Schutz Dritter. Die Befragten nennen hier vor allem Aktionen, die als Notwehrmaßnahmen gegen Rechtsextreme, Polizisten oder Mitglieder anderer linker Gruppierungen verstanden werden. Allerdings wird die Notwehrsituation dabei teilweise sehr individuell ausgelegt und orientiert sich nicht unbedingt an dem entsprechenden Straftatbestand (§ 32 StGB). Diese Auslegung des Notwehrbegriffs kann unter Umständen auch die Grundlage für umstrittene Rechtfertigungen von gewaltsamem Handeln bieten (Kühnel und Willems, 2017).

Gewalt gegen Sachen wird dagegen von einigen linken Jugendlichen als legitim

erachtet, wenn damit eine politische Botschaft in der Öffentlichkeit vermittelt wird, etwa in Form des Widerstands oder als inhaltliches Statement. Dabei wird Gewalt als instrumentelle Gewalt verstanden, um bestimmte Aktionen der Gegenseite zu verhindern oder ein bestimmtes Ziel zu erreichen (Kühnel und Willems, 2017).

Einige Linksextremisten sehen insbesondere auch strukturelle Gewalt als Legitimation für gewaltsame Aktionen an, wobei es sich hierbei jedoch primär um eine Rechtfertigung von Gewalt gegen Sachen handelt. Von den in der Studie befragten Jugendlichen wird diese Form der Gewalt vor allem dem Staat und seinen Institutionen zugeschrieben (Kühnel und Willems, 2017). Sie verstehen darunter Diskriminierung, strukturelle Ungleichbehandlung oder die Beschränkung von Bürgerfreiheiten durch staatliche Instanzen. In einigen Fällen wird strukturelle Gewalt auch in Zusammenhang mit unzureichendem Einfluss im Rahmen der bestehenden politischen Partizipationsmöglichkeiten gebracht. Aus der Wahrnehmung heraus, keinerlei alternative Einflussmöglichkeiten auf den politischen Prozess zu haben, bilden sich Legitimationsmuster, die auch im Kontext von Zwangshandlungen angesiedelt sind und von den befragten Jugendlichen als ziviler Ungehorsam verstanden werden. Auch wenn ziviler Ungehorsam in den meisten Fällen als gewaltfreie Form des Protests angesehen wird, so bleibt die Verwendung des Begriffs ambivalent (Kühnel und Willems, 2017).

Ein weiteres Muster ist bei einigen linksaffinen Jugendlichen zu erkennen: Gewalt wird nicht klar abgelehnt und unter bestimmten Umständen gebilligt, z.B. wenn nicht sie selbst, sondern andere sie einsetzen (Kühnel und Willems, 2017). Teilweise kann man hierbei sogar von einer „Delegation von Gewalthandlungen“ an Akteure sprechen, „von denen angenommen wird, dass sie gewaltsame Aktionen befürworten oder diese begangen haben“ (Kühnel und Willems, 2017, S. 8). Das Gewalthandeln anderer wird demnach nicht eindeutig verurteilt, wenn nicht gar unterstützt, obgleich eine persönliche Distanzierung von Gewalt erfolgt¹¹. Die Gewaltaktionen im Rahmen des G-20 Gipfels seien laut Aussagen eines im Rahmen dieser Studie befragten Extremismusexperten von vielen „Linken“ verurteilt worden. Aus Gründen der „Binnensolidarität“ fände eine solche Kritik allerdings häufig nicht öffentlich statt.

Das Verhältnis zu Gewalt der linksextremistischen Akteure in Schleswig-Holstein lässt sich auf der Grundlage der Literaturanalyse und der vorhandenen Daten nicht eindeutig

11. Zu den vorangehenden Ausführungen muss allerdings eine wichtige Einschränkung gemacht werden. Denn das dargestellte Verhältnis zu Gewalt basiert primär auf den Studien von Kühnel und Willems (2017) und Hillebrand et al. (2015), die zu diesem Thema linksaffine Jugendliche befragt haben, welche aber nicht zwangsläufig linksextrem waren. Die Befragten dürften sich daher in ihrer ideologischen Radikalität und Gewaltbereitschaft von linksextremen Akteuren unterscheiden, weshalb die Ergebnisse zwar einen Einblick in das allgemeine Gewaltverständnis in der linken Szene geben, allerdings nicht vorbehaltlos übertragbar sind auf das Gewaltverständnis linksextremer Akteure.

beurteilen. Allerdings bestätigen die Straftatbestände, die vom Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Schleswig-Holstein erfasst wurden, dass der Einsatz von linker Gewalt primär Sachbeschädigungen umfasst. Der Einsatz von Gewalt gegen Personen wird von linksextremistischen Akteuren den Daten des Verfassungsschutzes zufolge dagegen nur vereinzelt und anlassbezogen ausgeübt (vgl. Kapitel 2.2). So bestanden die häufigsten Delikte in Schleswig-Holstein in den letzten zwei Jahren aus Sachbeschädigung, Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen, Beleidigung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Lediglich 24 Straftaten waren in diesem Zeitraum Gewalttaten (MILI, 2018; Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst).

3.4.2 Entwicklung der Gewaltbereitschaft

Betrachtet man die Entwicklung der Gewaltbereitschaft von linksextremistischen Akteuren über die Zeit ihres Engagements, lässt sich in den meisten Fällen eine zunehmende Gewaltbereitschaft erkennen. In der Literatur werden hierfür zwei wichtige Einflussfaktoren identifiziert: erstens die Sozialisation durch das entsprechende Umfeld, in dem bereits eine erhöhte Gewaltbereitschaft besteht, und zweitens durch Konfrontationserfahrungen mit politischen Gegnern und der Polizei.

Häufig entwickelt sich die Gewaltbereitschaft von Neueinsteigern erst mit einer zunehmenden Einbindung in die linksextremistische Szene. Dabei werden sie durch das neue Umfeld schrittweise zu einer steigenden Gewaltbereitschaft sozialisiert. Denn durch den Einstieg in die linksextremistische Szene sind die Jugendlichen häufig von einem Normen- und Wertesystem umgeben, in welchem Gewalt allgemein nicht nur akzeptierter, sondern zum Teil auch von einem „Kult“ umgeben ist (Schuhmacher, 2013, S. 62). Auch lernen sie hier nach Aussagen eines im Rahmen dieser Studie befragten Extremismusexperten möglicherweise, dass Gewalt nicht nur akzeptiert ist, sondern zum Teil als einziges wirksames Mittel angesehen wird. Der Gruppenprozess spielt dabei eine wesentliche Rolle (vgl. Kapitel 3.1 und 3.2). Aber auch die szeneeigene Musik trägt durch ihre zum Teil gewaltverherrlichenden Texte und Bilder zu einer höheren Gewaltbereitschaft innerhalb der linken Szene bei (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2016).

Wie bereits im Kapitel 3.3 beschrieben wurde, gehen viele Studien davon aus, dass Konfrontationserfahrungen mit der Polizei oder politischen Gegnern ein politisches Engagement stärken können. Dies gilt für ein politisches Engagement allgemein, aber auch für die Anwendung von Gewalt. So nehmen viele linksaffine Jugendliche das Vorgehen von Seiten der Polizei als unverhältnismäßig wahr und entwickeln auf dieser

Grundlage deutliche Vertrauensverluste, Vorurteile und Feindbilder ihr gegenüber. Damit rechtfertigen sie wiederum eigene Gewaltausübungen (Hillebrand et al., 2015). Ähnliches gilt für erlebte Bedrohungen durch und Konfrontationen mit rechtsextremen Jugendlichen, welche vielfach eine Hinwendung und Radikalisierung von linksextremen Personen bewirkt (Glaser, 2013).

Auch ein für diese Studie befragter Extremismusexperte geht davon aus, dass radikalisierte Jugendliche nicht von Anfang an gewalttätig sind, sondern im Laufe ihres Radikalisierungsprozesses erst zu einer zunehmenden Gewaltbereitschaft sozialisiert werden. Bei dieser Sozialisation spielen meistens beide Faktoren eine Rolle, sowohl die sukzessive Ablösung vom alten sozialen Umfeld und dem gleichzeitig zunehmenden Umgang mit der linksextremistischen Szene, in der eine erhöhte Gewaltbereitschaft herrscht, als auch die Konfrontationserfahrungen mit politischen Gegnern und der Polizei auf der Straße.

Laut Scherr (2019) kann das Verhältnis von Gewalt und politischer Ideologie allerdings zum Teil auch so gestaltet sein, dass Gewaltbereitschaft sich eine legitimierende Ideologie sucht und nicht umgekehrt Ideologie zu Gewalt führt. Dies hängt eng mit der persönlichen Erlebnisorientierung und Selbstinszenierung zusammen (vgl. Kapitel 3.1). Dies könnte erklären, warum die höchste Gewaltbereitschaft nach Einschätzung eines im Rahmen dieser Studie befragten Extremismusexperten von den Autonomen und der Antifa-Szene ausgeht. Weitere Persönlichkeitsmerkmale, die mit der Ausübung politischer Gewalt in Verbindung gebracht werden, sind narzisstische und psychopathische Persönlichkeitsstrukturen, eine niedrige Empathie, eine hohe Risikobereitschaft und Defizite in der Informationsverarbeitung (Leuschner et al., 2017; Baier, 2018).

3.4.3 Situative Einflussfaktoren von Gewalt

Neben den oben erläuterten individuell-biografischen Einflussfaktoren spielen auch situative Faktoren eine wichtige Rolle für die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele (Kundlacek, 2018). Das bedeutet, dass der Verlauf von politischen Protestaktionen auch stark von den Umständen der jeweiligen Situation abhängt. Insbesondere die Konfrontation mit politischen Gegnern, aber auch mit der Polizei, birgt dabei ein hohes Potenzial für eine Gewalteskalation. Denn beim Zusammentreffen feindlicher politischer Gruppierungen oder mit der Polizei lässt sich häufig ein Wechselspiel von zunehmender Gewalt beobachten. Aber auch die Gruppendynamiken auf Seiten der Linksextremisten können Menschen zu Gewalt motivieren, die unter anderen Umständen friedlich demonstrieren würden. So wurden in einer Studie bei 13 Prozent der Demonstrationsteilnehmenden „Spaß“ und „Imponieren“ und bei

23 Prozent der Personen gruppenbezogene Motivationen (Hinreißenlassen, Mitmachen) als Grund für Gewaltausübungen angegeben (Hoffmann-Holland, 2013). Kreissl und Sack (1998) gehen sogar so weit zu sagen, dass Gewalt in den meisten Fällen nicht die Folge eines intentionalen Handelns ist, sondern das Ergebnis eines interaktiven Geschehens. Dies hat eine besondere Bedeutung für Demonstrationen oder Protestaktionen, bei denen die Konfrontation mit beispielsweise Rechtsextremen oder der Polizei vorhersehbar ist. Deshalb ist, wie Rucht (2002) herausstellt, das flexible und deeskalierende Verhalten der Polizei ein wichtiger Faktor für die erfolgreiche Gewaltprävention bei Protesten.

Bei politischen Großveranstaltungen wie Demonstrationen ist es außerdem wichtig, bei den Motivationen der Teilnehmenden zu differenzieren. Denn nicht alle gewalttätigen Aktionen sind politisch motivierte Gewalttaten. Eine Studie zu den Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin belegt, dass es einige Demonstrantinnen und Demonstranten gibt, die aus anderen, weniger oder auch gar nicht politisch gelagerten Motiven an den Ausschreitungen teilnehmen. Für diese Personen steht dabei häufig das erlebnisorientierte Element im Vordergrund (Hoffmann-Holland, 2013). Eine solche Durchmischung der Demonstration mit Schaulustigen, „Betrunkenen“ und „Krawallwütigen“ kann zur Gewalteskalation von politischen Großveranstaltungen führen (Hoffmann-Holland, 2013, S. 124). Eine Aktensichtung der Festgenommenen bei der o.g. Demonstration ergab, dass 87,5 Prozent der Angaben aus 24 Akten auf eine erlebnisorientierte Motivation hinweisen und lediglich bei 12,5 Prozent der erhobenen Angaben eine explizite politische Motivation zu erkennen ist (Hollmann-Holland, 2013).

Wie wichtig situative Faktoren bei der Gewaltausübung sind, zeigt auch die Einschätzung zweier Extremismusexperten, die im Rahmen dieser Studie befragt wurden. Ihnen zufolge können dieselben Personen in einigen Situationen friedlich demonstrieren und in anderen Situationen Sturmmasken tragen und sich gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei liefern. Diese Personen würden abhängig von den politischen und aktivistischen Umständen eine andere „Toolbox“ nutzen. Es gebe keine diffuse, zu jeder Zeit bestehende Gewaltbereitschaft. Stattdessen spielten Eskalationsdynamiken hier eine wesentliche Rolle.

Für Schleswig-Holstein lässt sich eine deutliche Abnahme der Gewalttaten zwischen 2016 und 2018 beobachten, was zum Teil auf die fehlenden Anlässe zur Gewaltausübung zurückzuführen ist. Während 2016 beispielsweise große rechtsextremistische Demonstrationen oder die Räumung der Luftschlossfabrik in Flensburg einen solchen Anlass für linksextremistische Gewaltaktionen boten, lässt sich für 2017 zwar ein Anstieg an Straftaten insbesondere im Rahmen der Protestaktionen gegen den G-20

Gipfel und den AfD-Wahlkampf verzeichnen, Gewalttaten waren dagegen rückläufig (MILL, 2019). Hinsichtlich der Protestaktionen gegen den G-20 Gipfel in Hamburg geht ein in dieser Studie befragter Extremismusexperte zudem davon aus, dass bei den Ausschreitungen die Auslöser der Gewalteskalation allgemein primär „Krawalltouristen“ waren und weniger Personen, die eine linksextremistische Ideologie vertreten und diese durchsetzen wollten.

3.5 Fazit

Grundsätzlich zeigt sich bei einer Betrachtung der Radikalisierungsprozesse, dass die Einflussfaktoren sich zum Teil gegenseitig bedingen oder begünstigen und bei einer politischen Radikalisierung fast immer mehrere Faktoren zusammenkommen. So können ein hohes Aggressionspotential und eine niedrige Selbstkontrolle beispielsweise aus Gewalt- und Vernachlässigungserfahrungen in der Familie resultieren. Auch können wichtige Schlüsselmomente wie Verlust- oder Benachteiligungserlebnisse zu einer Identitätskrise oder dem Bedürfnis nach Gemeinschaft führen. Darüber hinaus stellt der schulische Misserfolg eine Form der sozialen Desintegration dar. Wichtig ist dabei für extremistisches Verhalten auch, dass eine kriminogene Sozialisation oder krisenhafte Sozialisationserfahrungen nicht zwangsläufig zu Extremismus und der Anwendung von Gewalt führen. Entscheidend ist, wie diese Erfahrungen mit dem Umfeld interagieren (Baier, 2018).

Außerdem liefert die Extremismusforschung Hinweise dafür, dass ein Engagement in linksextremistischen Gruppierungen zumindest anfänglich nicht nur aus politischen Gründen heraus geschieht. Wie die verschiedenen Merkmale zeigen, sind insbesondere Menschen für linksextremistische Gruppierungen empfänglich, die entweder sozialen Anschluss suchen, auf Identitätssuche sind oder sich in einer Identitätskrise befinden oder „etwas erleben wollen“. Da diese Eigenschaften in den meisten Fällen auf Jugendliche zutreffen, beginnt die politische Radikalisierung häufig im Jugendalter. Aber auch Personen, die sozial isoliert sind, zu wenig Anerkennung erhalten oder über eine niedrige Selbstkontrolle verfügen, sind einem erhöhten Risiko der Radikalisierung ausgesetzt. Dabei resümieren einige Studien sogar, dass die unpolitischen Gründe schwerwiegender sind als die tatsächlichen politischen Überzeugungen und dass Personen, die empfänglich sind für extremistische Ideologien, sich der Form von Extremismus anschließen, zu der sie den leichtesten Zugang haben. Präventionsarbeit mit Blick auf Linksextremismus sollte daher genau bei diesen Punkten ansetzen.

Für die Anwendung von linker Gewalt gelten grundsätzlich die gleichen Risikofaktoren wie für eine linksextreme Radikalisierung. Der Schritt von einer passiven Zugehörigkeit zur Szene und einer aktiven Gewaltanwendung zur Umsetzung ihrer Ziele ist dabei oftmals fließend. Allerdings spielen bei linker Gewalt auch situative Faktoren eine wesentliche Rolle.

In Bezug auf Schleswig-Holstein scheinen die wichtigsten Beweggründe für ein linksextremistisches Verhalten primär in der politischen Überzeugung zu liegen, zumindest nach Einschätzung der Teilnehmenden der Onlinebefragung. So wird mitunter die „Wahrnehmung von politischen und gesellschaftlichen Missständen“ als wichtigste Ursache für eine linksextremistische Einstellung und linke Gewalt eingeschätzt. Dennoch scheinen auch hier persönlich motivierte Ursachen wie die „Suche nach Identität, Sinnhaftigkeit und Anerkennung“, „Selbstinszenierung und Selbsterhöhung“ sowie das „Bedürfnis nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit“ eine Rolle zu spielen. Eine hohe Bedeutung kommt außerdem der linken Subkultur und der Szeneangehörigkeit der Freunde zu. Auch sehen viele der Akteure, die an der Umfrage oder am Auswertungsworkshop teilgenommen haben, wichtige Ansatzpunkte für die Präventionsarbeit in eher unpolitischen Bereichen wie beispielsweise der Jugend- und Sozialarbeit.

Ausgehend von den hier ausgeführten Erkenntnissen wird im folgenden Kapitel ein Blick auf die Präventionsbedarfe und erfolgreiche bestehende Initiativen zu Prävention von Linksextremismus geworfen. Abschließend werden Handlungsempfehlungen für die Präventionsarbeit abgeleitet.

Exkurs: Die Rolle der Medien

Obwohl es bislang noch wenige empirische Befunde zur Rolle von modernen Kommunikationstechnologien in Hinblick auf Linksextremismus gibt, lassen sich einige wichtige Funktionen erkennen, die solche Technologien diesbezüglich einnehmen. Allgemein bieten digitale Medien eine Plattform für die Mitgliedergewinnung und die Verbreitung von extremistischer Propaganda sowie ein Informations- und Kommunikationsmittel innerhalb der Szene. So werden moderne Kommunikationstechnologien auch für die Interaktion und Kommunikation sowie Vernetzung und hierarchiefreie Zusammenarbeit innerhalb der Szene genutzt und dienen damit als Mittel der Mobilisierung und Koordination. Vor allem Mikrobloggingdienste wie Twitter und Instant-Messaging-Dienste wie WhatsApp oder Telegram ermöglichen es Linksextremisten, schnellstmöglich zu informieren, zu mobilisieren und Aktionen zu koordinieren, unter anderem zur Steuerung von Demonstranten, Warnhinweisen auf mögliche Polizeikessel und der Mobilisierung für Blockaden (BMI, 2018). Auch besteht bei der Nutzung dieser Messaging-Dienste ein verstärktes Risiko von Kommunikationsdynamiken, die Gruppendenken und eine zunehmende gruppenbezogene Radikalisierung befördern. Allerdings zeigt sich auch hier, dass solche Technologien den persönlichen Kontakt nicht ersetzen. Vielmehr werden sie von Extremisten hauptsächlich genutzt, um Offline-Aktivitäten vorzubereiten und Offline-Kontakte aufrecht zu erhalten (Baier, 2018).

Hinsichtlich der Verbreitung von Propaganda zeigt sich, dass sie insbesondere die Gefahr einer verzerrten Realitätsvermittlung birgt. So können Resonanzräume entstehen, in denen sich die Akteure gegenseitig und ohne alternative Impulse in ihren Denk- und Sichtweisen reflektieren und verstärken (Wojcieszak, 2010; Behr et al., 2013). Problematisch ist hierbei insbesondere, dass eine soziale Kontrolle des Kommunikationsverhaltens durch das jeweilige soziale Umfeld – Familie, Schule, Beruf – in den sozialen Medien nicht stattfindet und die soziale Korrektur durch externe Kontrollinstanzen erschwert ist (Kundlacek, 2018). Für eine extremistische Propaganda empfänglich scheinen dabei vor allem Personen zu sein, die ein geringes Bildungsniveau besitzen, bei denen bereits eine Neigung vorhanden ist und die aktiv danach suchen (Knipping-Sorokin et al., 2016). Allerdings zeigt sich auch, dass ein persönlicher, nichtmedialer Austausch mit Gleichgesinnten sowohl für den Eintritt in die Szene als auch für die weitere Radikalisierung bedeutsamer ist als der Konsum von extremistischer Internetpropaganda (Baier, 2018).

4. Präventionsbedarfe bei Akteursgruppen

Im Folgenden werden die Präventionsbedarfe im Bereich der Radikalisierung zum Linksextremismus vorgestellt. Die Ausführungen stützen sich dabei auf die Auswertungen der Onlinebefragung der verschiedenen Akteursgruppen, auf die Literaturanalyse sowie auf die Experteninterviews. Zunächst werden die Handlungsbedarfe dargestellt und diskutiert, bevor in einem nächsten Schritt mögliche inhaltliche Schwerpunkte und die einzubeziehenden Akteure vorgestellt werden. Die Ausführungen enden mit der Darstellung von Herausforderungen hinsichtlich der Präventionsarbeit.

4.1 Präventionsbedarfe

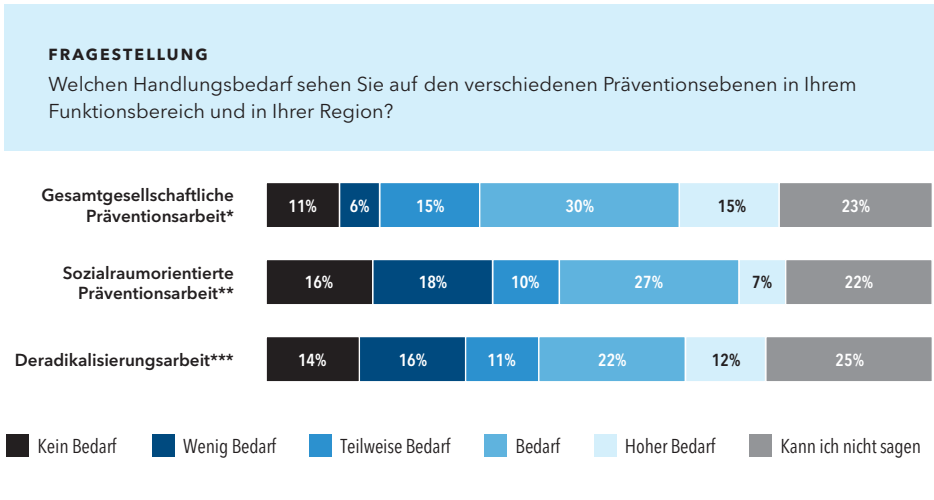
Das Wissen über Linksextremismus sowie die definitorische Eingrenzung des Phänomens bilden die Grundlage für die zielgerichtete Konzeption der Präventionsarbeit und das pädagogische Handeln in diesem Bereich (Kober, 2019). Wie die vorangegangenen Ausführungen zeigen, befindet sich das Vorhandensein gesicherten Wissens über die Phänomene und Genese des Linksextremismus und linker Gewalt jedoch erst in den Anfängen. Zudem bestehen, im Unterschied zum Rechtsextremismus, innerhalb des Linksextremismus verschiedene Strömungen, die sich in ihrer Zielstellung sowie dem Erreichen dieser gesellschaftlichen Ziele unterscheiden (vgl. Kapitel 2). Dies erschwert eine Eingrenzung des durch Präventionsarbeit zu adressierenden Problembereichs (Kober, 2019).

In der Wissenschaft und Praxis hält daher die Diskussion an, ob es spezifische Maßnahmen für die Prävention von Linksextremismus braucht oder ob bereits zum Teil vorhandene universelle und phänomenübergreifende Herangehensweisen zielführend sind (BMFSFJ, 2017). Ein übergeordneter Bedarf kann also in weiterer Forschung zu Linksextremismus und der Evaluation von bestehenden Präventionsprogrammen gesehen werden. Zusätzlichen Forschungsbedarf sehen auch 22 Prozent der Befragungsteilnehmenden in Schleswig-Holstein.

Bezüglich möglicher Präventionsmaßnahmen kommen Vertreter der Wissenschaft zu dem Schluss, dass es keine an speziell auf Linksextremismus gerichtete Präventionskonzepte benötigt, sondern phänomenübergreifend oder phänomenunspezifisch gearbeitet werden soll (Glaser, 2013; Schumacher, 2015; Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ BMSFSJ, 2014). Zu einer ähnlichen Einschätzung kommen ebenfalls die im Zuge dieser Studie interviewten Extremismusexperten.

Mit Blick auf Schleswig-Holstein ist festzuhalten, dass laut Ergebnissen der Onlinebefragung die Relevanz von Linksextremismus eher gering ist. Entsprechend gering fällt nach Meinung der Befragten daher auch der Bedarf nach Prävention in diesem Bereich aus. Wenn in Schleswig-Holstein Bedarf gesehen wird, dann überwiegend bei gesamtgesellschaftlicher Präventionsarbeit und dort v.a. auf der primären Präventionsebene (siehe Abbildung 11). Insgesamt sehen hier 60 Prozent einen Bedarf und darunter 15 Prozent einen hohen Bedarf. Knapp 44 Prozent sehen einen Handlungsbedarf in der sozialraumorientierten Präventionsarbeit (sekundäre Ebene) und 45 Prozent in der Deradikalisierungsarbeit (tertiäre Ebene).

Abbildung 11: Handlungsbedarfe auf den verschiedenen Präventionsebenen



- * Aufklärungs- und Bildungsarbeit, welche Emanzipation, Mündigkeit und Aufklärung vermittelt und sich an alle Akteure, häufig insbesondere an Jugendliche, richtet.
- ** Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen für Personen aus dem links-affinen Milieu, die normabweichendes, jedoch noch nicht manifestiertes Verhalten aufweisen.
- *** Maßnahmen für bereits kriminelle, gewalttätige und ideologisch als problematisch erachtete Personen mit dem Ziel, diese zurück in die Gesellschaft zu führen.

Quelle: Onlinebefragung von Stakeholdern durch Ramboll Management Consulting Januar bis Februar 2019; N=73, eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

Regional wird vor allem Präventionsbedarf in den kreisfreien Städten genannt. Werden die Akteursgruppen betrachtet, wird ersichtlich, dass insbesondere von Akteuren der Bildungsarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie von kommunalen Akteuren erhöhter Handlungsbedarf auf den verschiedenen Präventionsebenen angegeben

wird. Diese Ergebnisse korrelieren auch mit denjenigen Regionen und Akteuren, die in der Befragung angegeben haben, überhaupt Kontakt zu linksextremistischen Erscheinungsformen zu haben bzw. Linksextremismus als bedeutend für ihre Region oder ihren Funktionsbereich ansehen (vgl. Kapitel 2.1).

4.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Präventionsarbeit

In der Onlinebefragung und dem Auswertungsworkshop wurden inhaltliche Schwerpunkte der Präventionsbedarfe benannt, die im Folgenden mit den Ergebnissen der Literaturanalyse abgeglichen und für jede Präventionsebene dargestellt werden.

Schwerpunkte auf der primären Präventionsebene

Primäre Prävention setzt vor dem Entstehen (links-)extremistischer Einstellungen und entsprechenden Erscheinungsformen (z.B. Gewaltanwendung) an und richtet sich daher generell an die gesamte Gesellschaft (van Hüllen, 2017).

Auf die Frage, welche Schwerpunkte in der Präventionsarbeit gesetzt werden sollen, antworten über die Hälfte der in der Onlinebefragung befragten Akteure in Schleswig-Holstein, dass der Ausbau der Sozialarbeit an Schulen Priorität haben sollte (53 Prozent). 32 Prozent sehen einen Bedarf in der Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe sowie 22 Prozent in der Stärkung der Jugendverbände. Dieser integrierte Ansatz spiegelt sich so auch in der Literatur wider. Die Schule wird zum einen als zentraler Akteur gesehen, da in den Schulen der Zugang zu der Zielgruppe aufgrund der bestehenden Schulpflicht am weitesten gegeben ist. Zum anderen lassen sich Präventionskonzepte durch geschulte Expertinnen und Experten und Multiplikatoren nachhaltig im schulischen Betrieb umsetzen (Gruber und Lützing, 2017). Hier bedarf es einer Stärkung geeigneter Strukturen zur Umsetzung des Erziehungsauftrags, z.B. Schulsozialarbeit, Schulpsychologinnen und -psychologen, offene Schulen als sozialer Treffpunkt in den Ferien, außerschulische Jugendarbeit im Hort (BKA, 2017). Daneben spielen auch Akteure im außerschulischen Bereich eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung möglicher Präventionsbedarfe, vor allem, wenn sie die Lebenswelten der Jugendlichen adressieren und alternative Angebote zu der extremistischen Szene bieten (Scherr, 2019).

In der Onlinebefragung wurden neben diesen generellen Schwerpunkten auch inhaltliche Bedarfe auf der primären Ebene ersichtlich, die sich ebenfalls mit den in der Literatur genannten Bedarfen decken (Kober, 2019). Diese beziehen sich auf die

Stärkung des Verständnisses für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Partizipationsmöglichkeiten sowie Gewaltpräventionsmaßnahmen und werden im Folgenden ausführlicher beschrieben.

Verständnis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

27 Prozent der Teilnehmenden der Onlinebefragung in Schleswig-Holstein sehen einen Schwerpunkt der Präventionsarbeit in der Demokratieförderung. Linke Gesellschaftskritik hängt, wie in Kapitel 1.1.2 bereits beschrieben, nicht zwangsläufig mit einer Ablehnung der Demokratie zusammen und bewegt sich häufig im legitimen Spektrum politischer Meinungsäußerungen. Einige Positionen, die von den Linksextremisten vertreten werden, decken sich zudem mit den Sorgen in weiten Teilen der Gesellschaft (u.a. steigende Mieten in den Städten, ungerechte weltweite Wirtschaftsbeziehungen und die zunehmende Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft). Der Anspruch an politische Bildung besteht daher darin, die Berechtigung dieser Kritik an der Gesellschaft anzuerkennen, gleichzeitig aber das Verständnis für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern und somit zu einer differenzierteren Gesellschaftskritik zu befähigen (Scherr, 2019).

Im Rahmen des Auswertungsworkshops in Kiel äußern die Teilnehmenden, dass sie bezüglich der gelebten Demokratie und der Vorbildfunktion der demokratischen Linken eine klare Distanzierung der Mandatsträger von linksextremistischen (gewaltorientierten) Erscheinungsformen erwarten. Von staatlichen Institutionen insgesamt wäre allerdings eine Kommunikation wünschenswert, die eine pauschale Problematisierung linker Gesellschaftskritik vermeidet (Scherr, 2019). Demnach sehen die Akteure des Workshops einen Bedarf, den Diskurs über Linksextremismus und eine mediale Auseinandersetzung damit zwischen allen Personen und Institutionen zu fördern und dabei klar zwischen legitimen Formen linker Aktivität und illegitimen linksextremistischen Handlungen zu unterscheiden.

Politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe

Die Teilnehmenden des Auswertungsworkshops in Kiel betonten zudem, dass realistische Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche im Fokus der Präventionsarbeit stehen sollten. Diese beziehen sich zum einen auf gesellschaftliche Teilhabe und Freizeitgestaltung, um neben der extremistischen Szene alternative Orte für die Etablierung eines Zugehörigkeitsgefühls und Sinnhaftigkeit zu bieten (Gruber und Lützinger, 2017). Zum anderen betrifft dieser Bereich auch die Möglichkeiten der politischen Partizipation. Politisches Engagement ist ein zentraler Faktor für eine funktionierende Demokratie. Allerdings ist eine zunehmende Entfremdung jüngerer

Altersgruppen vom politischen System wahrnehmbar, was sich u.a. in einer Kritik an der parlamentarischen Demokratie und einer geringen Wahlbeteiligung äußert (Hillebrand et al., 2015). Hier merken die Teilnehmenden des Auswertungsworkshops in Kiel an, dass beispielsweise das Jugendparlament und Kinderbeiräte der Landeshauptstadt Kiel als Beteiligungsformate langfristig nicht erfolgreich waren. Dieses liege u.a. an der entstehenden Frustration und fehlenden Motivation für Beteiligung, wenn keine unmittelbaren Ergebnisse sichtbar und kommuniziert werden. Auch in der Onlinebefragung wurde deutlich, dass nach Meinung einiger teilnehmender Akteure fehlende Partizipationsmöglichkeiten eine Ursache für extremistische Einstellungen sein können. Es bedürfe daher einer Schwerpunktsetzung auf die tatsächlich erlebte Wirksamkeit von demokratischer Partizipation. Dabei sollen vor allem Jugendliche dabei unterstützt werden, Wege zu finden, wie sie ihre politischen Überzeugungen gewaltfrei bzw. im Rahmen der demokratischen Ordnung artikulieren und ausleben können.

Gewaltprävention

Bezüglich der Umsetzung von Gewaltpräventionsmaßnahmen sehen ein Viertel der befragten Akteure in der Onlinebefragung Bedarf (25 Prozent). Wie in Kapitel 1.4 zu linker Gewalt beschrieben wurde, lässt sich zwischen Gewaltbereitschaft und Extremismus ein Zusammenhang vermuten. Deshalb erscheint es Expertinnen und Experten in diesem Bereich sinnvoll, bereits auf primärer Ebene das Erlernen von effektiven Problemlösestrategien, die Stärkung der Selbstkontrolle und kognitive Strategien im Umgang mit Konflikten zu fördern und somit gewaltvollem Verhalten und der möglichen Radikalisierung vorzubeugen (Baier 2018; Scherr, 2019).

In einem vorgelagerten Schritt wird von den Teilnehmenden des Auswertungsworkshops in Kiel zudem der Bedarf gesehen, Ausgrenzungserfahrungen von Jugendlichen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Diese stellen einen allgemeinen Risikofaktor für Gewaltorientierung und Radikalisierung dar (vgl. Kapitel 3.2).

Schwerpunkte auf der sekundären (und tertiären) Ebene

Während die sekundäre Prävention (links-)extremismusaffine Milieus adressiert, fokussiert die tertiäre Prävention Aktivist:innen und Funktionäre, die bereits auffällig bzw. straffällig geworden sind (van Hüllen, 2017).

Auf der sekundären bzw. tertiären Ebene wird in Schleswig-Holstein der Bedarf nach spezifischen Maßnahmen im Bereich des Linksextremismus sowohl aus der Onlinebefragung als auch im Auswertungsworkshop deutlich. Diese Maßnahmen sollten

speziell auf linke Gewalt fokussieren bzw. auf Personen, die aus politischen Gründen Gewalt befürworten oder ausüben. Die Zielgruppe bezieht sich somit auf gewaltorientierte und gewaltanwendende Personen, die sich laut Hellfelddaten des Verfassungsschutzes (MILI, 2015-2017; Sonderauswertung Kriminalpolizeilicher Meldedienst) überwiegend aus männlichen Jugendlichen und der autonomen Szene zusammensetzt (vgl. Kapitel 2).

Inhaltliche Schwerpunkte auf diesen Präventionsebenen werden hauptsächlich in der Literatur und dem Workshop mit verschiedenen Akteuren benannt. Diese beziehen sich auf die Reflektion linker Gewaltanwendung und das Durchbrechen von Eskalationsdynamiken, welche im Folgenden dargestellt werden.

Reflektion linker Gewaltanwendung

Zusätzlich zu der universellen Gewaltprävention wird – vor allem in der Literatur – der Bedarf formuliert, die Anziehungskraft linker Gewalt zu adressieren. Hier steht vor allem die Reflektion der Ursachen und Folgen gewalttätiger Auseinandersetzungen im Mittelpunkt (Kober, 2019). Wie in Kapitel 3.1 beschrieben, können der ausgeprägte Aktionismus und die kämpferischer Selbstdarstellung in linksextremistischen Gruppierungen eine gewisse Attraktivität auf junge männliche Personen ausstrahlen. Dabei ist insbesondere die männliche Identitätssuche und die maskuline Gewaltfaszination bei der Ausgestaltung von Präventionsprojekten zu beachten (Baier, 2018; Scherr, 2019). Dabei ist es durchaus möglich, dass sich gewaltbereite Personen eine legitimierende Ideologie suchen und nicht erst die Ideologie zu Gewaltanwendung führt, was wiederum für eine allgemeine Gewaltprävention sprechen würde (Scherr, 2019).

Durchbrechen von Eskalationsdynamiken

In der vorliegenden Studie wurde deutlich, dass linksmotivierte Straf- und Gewalttaten in Schleswig-Holstein stark anlassbezogen sind und insbesondere im Zuge von Konfrontationen gegen Polizisten oder „gegen rechts“ stattfinden. Schuhmacher (2015) regt an, dass das Wechselspiel gegnerischer gesellschaftlicher Gruppen bei der Konfliktlösung bzw. Prävention von gewalttätigen Konflikten verstärkt zu berücksichtigen ist. Er sieht Perspektiven und Erklärungsansätze aus der Protest- und Bewegungsforschung hinsichtlich der Konfrontationsgewalt als vielsprechender an als die Fokussierung auf individuell-biografische Risikofaktoren. Hier wird vor allem der Bedarf nach konfliktbezogener Deeskalation gesehen. Darunter fallen der Dialog mit den Linksextremisten, aber auch das sensible Auftreten der Polizei bei Demonstrationen und dem Umgang mit Protestierenden.

4.3 Herausforderungen

Hinsichtlich der Präventionsarbeit werden von den Teilnehmenden der Onlinebefragung einige Herausforderungen gesehen, die im Folgenden dargestellt sind. Allerdings haben 32 Prozent der Befragten angegeben, dass sie keine besonderen Herausforderungen sehen (vgl. Abbildung 12).

Die Erreichung der Zielgruppe wird von den Teilnehmenden der Onlinebefragung (alle Funktionsbereiche außer der Wissenschaft) als die größte Herausforderung gesehen (48 Prozent). Diese Erkenntnis findet sich so auch in der Literatur wieder, was vor allem auf linksaffine Personen und solche, die bereits in der linksextremistischen Szene aktiv sind, zutrifft (BMFSFJ, 2014, 2017; Gruber und Lützing, 2017). Dabei besteht ein enger Zusammenhang zu der Skepsis und dem fehlenden Vertrauen der Zielgruppe gegenüber der Präventionsarbeit, was 27 Prozent der Befragten angeben.

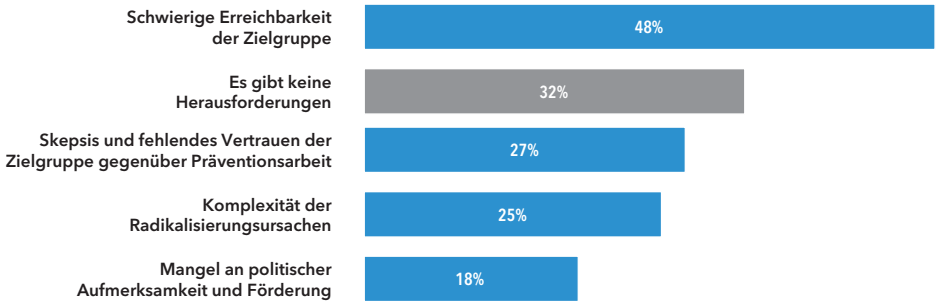
Vermutungen aus der bisherigen Projekterfahrung legen nahe, dass die fehlende Akzeptanz der Zielgruppe und der erschwerte Zugang zur linksextremistischen Szene unter anderem mit der Programmbezeichnung Linksextremismus zusammenhängen könnte (BMSFSJ, 2014). Weiter lohne sich auch hier eher ein Fokus auf die zentralen Probleme, wie etwa die Anwendung von Gewalt, und weniger auf personenorientierte Aspekte (Gruber und Lützing, 2017). Danach kann mit einer unspezifischen Ausrichtung dem Eindruck entgegengewirkt werden, einen ideologischen Diskurs „ausfechten“ zu wollen. Zudem würden solche Ansätze auch die Glaubwürdigkeit auf Seiten der Zielgruppe erhöhen.

Als weitere Herausforderungen werden die Komplexität der Radikalisierungsursachen (25 Prozent) und der Mangel an politischer Aufmerksamkeit und Förderung genannt. Letzteres wird insbesondere von Befragten der kommunalen Institutionen angegeben.

Abbildung 12: Die fünf größten Herausforderungen hinsichtlich der Prävention von Linksextremismus

FRAGESTELLUNG

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen hinsichtlich der Prävention von Linksextremismus in Ihrem Funktionsbereich und Ihrer Region?
(Nennung von max. drei Herausforderungen).



Quelle: Onlinebefragung von Stakeholdern durch Ramboll Management Consulting Januar bis Februar 2019; N=73; eigene Darstellung Ramboll Management Consulting.

In den offenen Kommentaren der Befragung und im Auswertungsworkshop wurde zudem angemerkt, dass personelle und finanzielle Ressourcen eine wichtige Rolle für die praktische Ausgestaltung von Präventionsmaßnahmen spielen. Als essentiell für eine realistische und nachhaltige Umsetzung der Präventionsarbeit wird daher die Bereitstellung entsprechende Budgets und Haushaltsmittel gesehen.

5. Handlungsempfehlungen

Aus den vorangegangenen Analysen lassen sich Bedarfe und Ansatzpunkte für zukünftige Präventionsmaßnahmen im Bereich Linksextremismus ableiten. Aus der Datenauswertung wird ersichtlich, dass sich die Anzahl der Linksextremisten laut Verfassungsschutz seit den letzten Jahren auf gleichbleibendem Niveau befindet (ca. 670 Personen). Auch die Teilnehmenden der Onlinebefragung sind zu einem Großteil der Meinung, dass die Bedeutung von Linksextremismus in Schleswig-Holstein eher gering ist. Dennoch lässt sich an den Daten des Verfassungsschutzes erkennen, dass die Straft- und Gewalttaten in den letzten Jahren (leicht) zugenommen haben. Zudem sehen ein Teil der Befragungsteilnehmer der Onlinebefragung einen Bedarf für Prävention, der das Risiko einer Radikalisierung reduzieren kann. Daher werden im Folgenden vornehmlich Handlungsempfehlungen auf der primären Präventionsebene abgeleitet.

Gestützt wird der universelle Ansatz der primären Präventionsarbeit durch die Annahme, dass oft unpolitische Gründe und Merkmale zu einer Radikalisierung und der Anwendung von Gewalt führen, unabhängig der politischen Richtung. Bei phänomenübergreifenden Ansätzen besteht außerdem der Vorteil, dass die Gefahr einer möglichen Stigmatisierung reduziert wird (Weilnböck und Uhlmann, 2018), was sich positiv auf die Bereitschaft einer Projektträgerschaft durch Maßnahmenträger und die Teilnahmebereitschaft der Zielgruppe auswirken kann.

Es wurde in der Studie auch ersichtlich, dass der situative, anlassbezogene Einfluss eine wichtige Rolle in Bezug auf linksextremistische Erscheinungsformen, insbesondere der Gewaltanwendung, spielt. Dies lässt sich an der Anzahl der Straf- und Gewalttaten sowie deren Zielobjekten und dahinterliegenden Motivationen ablesen. Zudem ist laut Verfassungsschutz die Zahl gewaltorientierter Linksextremisten angestiegen (MILLI, 2019). Daher werden auch Aspekte aufgenommen, die eine deeskalierende Wirkung auf die Zielgruppe bzw. auf den Umgang mit Gewalt und kritischen Situationen haben können.

Die im Folgenden genannten Empfehlungen beziehen sich auf Aspekte, die im Wirkungsbereich der öffentlichen Institutionen liegen und sich primär auf die Zielgruppe der Jugendlichen fokussieren. Die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist insofern von hoher Relevanz, da diverse Entstehungsfaktoren von Extremismus und Radikalisierung bei dieser Altersgruppe ansetzen (vgl. Kapitel 3). Werden dazu die linksextremistischen Erscheinungsformen in Schleswig-Holstein betrachtet (vgl. Kapitel 2), wird deutlich, dass ein aktiver Teil des Linksextremismus aus

Autonomen und insbesondere jüngeren Menschen im Alter bis 25 Jahren besteht. In der Literatur wird zudem angemerkt, dass Präventionsansätze umso erfolgreicher sind, je früher sie ansetzen bzw. je jünger die Adressatinnen und Adressaten sind (Danish Center for Prevention of Extremism, 2018).

Zur Einordnung der Handlungsempfehlungen sollten vorab drei generelle Anmerkungen berücksichtigt werden:

- > Es ist wichtig zu beachten, dass sich die bisher bekannten Einflussfaktoren einer politischen Radikalisierung gegenseitig bedingen und begünstigen sowie meistens in Kombination wirken. Von einer generellen Kausalität muss dabei Abstand genommen werden bzw. sollte eine ganzheitliche Betrachtung der Ursachen stattfinden.
- > Der Fokus der Präventionsmaßnahmen sollte insbesondere auf städtischen Gebieten liegen. Die Heterogenität der Regionen in Schleswig-Holstein ist bei der Etablierung von Präventionsmaßnahmen jedoch stets zu berücksichtigen.
- > Für die Präventionsarbeit insbesondere auf primärer Präventionsebene ist eine längerfristige Perspektive von Bedeutung und damit einhergehend der Bedarf nach einer längerfristigen Finanzierung.

Gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation fördern

Sozialer Anschluss, Identitätskrisen, das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit sowie eine gewisse Erlebnisorientierung sind u.a. Merkmale, die eine Radikalisierung und die Zuwendung zu extremistischen Gruppierungen begünstigen. Die Unzufriedenheit mit bestehenden Partizipationsmöglichkeiten erhöht dabei zusätzlich die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche sich solchen Gruppen anschließen.

Daher ist es wichtig, vor Ort mit Akteuren der Vereins- und Verbandsarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie kommunalen Akteuren zu bewerten, ob ausreichende und zielgruppengerechte Angebote und Engagementmöglichkeiten für Jugendliche bestehen, die die obengenannten Bedarfe aufgreifen. Hier erscheint es zudem sinnvoll mit den Jugendlichen vor Ort in Dialog zu treten, um aufzunehmen, was aus ihrer Sicht für eine angemessene und sozialraumorientierte gesellschaftliche Teilhabe noch fehlt. Solche Angebote können von Freizeitaktivitäten bis zu den Möglichkeiten eines Engagements im Stadtteil oder für ein konkretes Projekt reichen. Durch die Stärkung der (zivilgesellschaftlichen) Strukturen können Entwicklungstendenzen hinsichtlich (Links-)extremismus dann langfristig beeinflusst werden.

Neben den alternativen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des gesellschaftlichen Engagements, stellt die Förderung der politischen Partizipation einen wichtigen Baustein der Präventionsarbeit gegen politischen Extremismus dar. In Anlehnung an die EU-Jugendstrategie 2019 bis 2027 (Europäische Kommission, 2018, S. 3) gilt es dabei, die folgenden Schwerpunktbereiche Beteiligung, Begegnung und Befähigung in den Kommunen umzusetzen:

- > **Beteiligung:** Förderung der Beteiligung der Jugend am demokratischen Leben
- > **Begegnung:** Ermöglichung von Jugendbegegnungen in der gesamten EU und darüber hinaus, um freiwilliges Engagement, Lernmobilität, Solidarität und interkulturelles Verständnis zu fördern
- > **Befähigung:** Förderung der Befähigung der Jugend durch Qualität, Innovation und Anerkennung von Jugendarbeit

Hier empfiehlt es sich, Formate wie z.B. traditionelle Jugendparlamente, weiterzuentwickeln oder neue digitale Formate auszuprobieren, die auch Jugendliche erreichen, die weniger Interesse an konventionellen Beteiligungsprozessen haben.

Weiterführende Informationen und Beispiele:

- > www.Jugend.beteiligen.jetzt.de (Good practice: Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V. zu kreativer Medienbildung und digitaler Teilhabe)
- > Demokratiekampagne Schleswig-Holstein
- > Bundesprogramm: Demokratie leben (Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein)
- > Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen des BMFSFJ (<https://bit.ly/32kYNrW>)

Stärkung des demokratischen Bewusstseins bei Schülerinnen und Schülern

Neben den genannten Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzubringen, ist es von elementarer Bedeutung, den Jugendlichen das Verständnis und die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit näher zu bringen. Jugendliche sollen dazu befähigt werden, differenziert zu argumentieren, und z.B. Formen einer Kapitalismuskritik zu vermeiden, die mit einem unzureichenden Verständnis der gesellschaftlichen Bedeutung von Demokratie sowie Recht und Rechtsstaatlichkeit einhergehen und in der Folge in eine totalisierende Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft münden (Scherr, 2019). Hier soll politische Bildung ansetzen, die auf die Vorteile und positiven Aspekte der Demokratie verweist: Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit etc.

Weiter ist der Umgang mit Feindbildern ein wichtiges Thema. Obwohl die linke Szene meistens sehr sensibel für z.B. geschlechtergerechte Sprache ist, wird insbesondere für die Polizei oft ein undifferenziertes, kollektivistisches Feindbild erstellt („Bullenschweine“). Dieses lässt Tendenzen einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erkennen und ist auf dieser Ebene zu thematisieren.

Orte für die Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins bei Kindern und Jugendlichen sind insbesondere das Elternhaus und die Schule. Die Zugänge zur Zielgruppe an Grund- und weiterführenden Schulen sind aufgrund der Schulpflicht gut. Daher muss politische Bildung vor allem an den Schulen (Grundschulen, weiterführende Schulen, Berufsschulen) ausgebaut werden. Konkret kann dies über spezielle Lern- und Lehrformate insbesondere an Grundschulen erfolgen sowie durch einen Ausbau der bestehenden Strukturen der Schulsozialarbeit in Schleswig-Holstein.

Weiterführende Informationen und Beispiele:

- > Das Beteiligungskonzept aula: Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen entwickeln in einem festen, vorher vereinbarten Rahmen eigene Ideen für die Gestaltung ihres Schulumfelds. Sie werden ermutigt, Mehrheiten dafür zu finden und die Umsetzung zu beschließen. Dabei werden sie didaktisch begleitet, um den Prozess zu reflektieren und die Verbindung zwischen Alltagsentscheidungen und demokratischer Verantwortung zu entdecken. Mehr Informationen zum Umfang und Materialien auf <http://aula-blog.website/was-ist-aula/>.
- > Der Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. entwickelt gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, Eltern, Studierenden, Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft Initiativen und Projekte zur Förderung der Demokratiekompetenz in Schulen. Sie haben u.a. den Katalog „Merkmale demokratiepädagogischer Schulen“ entwickelt. Ausführliche Informationen finden sich auf www.degede.de/.
- > Das Projekt OPENION – Bildung für eine starke Demokratie – unterstützt Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern, die sich mit zeitgemäßer Demokratiebildung beschäftigen. Hier gibt es auch bereits Projekte an Schulen in Schleswig-Holstein: www.openion.de/ueber-openion/.

Gewaltbereitschaft senken, Gewaltanwendung reflektieren und Gewaltauslöser reduzieren

Um Gewalt als Instrument für politisch motiviertes Handeln zu delegitimieren, wird eine frühzeitige universelle Gewaltprävention, die alle Jugendlichen adressiert, als sinnvoll erachtet. Hierbei spielen beispielsweise auch Anti-Mobbing-Trainings an Schulen eine Rolle, die mögliche gewaltauslösende Mechanismen adressieren. Aber auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Situation und Möglichkeiten der gewaltfreien Kanalisation politischen Handelns gehören zu diesem Themenfeld.

Zusätzlich gilt es, Anziehungspunkte der gewaltbereiten linksextremistischen Szene zu reflektieren. Dazu gehören u.a. subkulturelle Aspekte wie gewaltverherrlichende Musik, das Ausleben von Machtfantasien sowie Männlichkeit und Kriegerethik (Kober, 2019). Zum einen kann diese Reflektion universell mit allen Jugendlichen, z.B. im Rahmen von Projektwochen, erfolgen, um das Interesse an einer Zuwendung zu der gewaltorientierten Szene zu reduzieren. Zum anderen ist eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten auch innerhalb der linken Szene notwendig. Hierfür ist eine Beteiligung von erfahrenem Projektpersonal mit Kenntnissen der lokalen Szene von Bedeutung, welches die den Zugang zu der entsprechenden Zielgruppe erhöhen kann. In diesem Kontext und für beide genannte Zielgruppen sind auch Peer-Ansätze von Bedeutung, die einen Multiplikatoreffekt umsetzen, indem trainierte Jugendliche mit anderen Jugendlichen in Dialog treten und diese zu bestimmten Themen beraten und informieren (Schanzenbäcker, 2014).

Mit Blick auf die Konfrontationsgewalt bei Demonstrationen und Großveranstaltungen wird Deeskalation als vielversprechender Ansatz gesehen. Hierzu hat das Radicalisation Awareness Network Möglichkeiten der polizeilichen Präventionen zusammengetragen, welches u.a. den Austausch und die Kontaktaufnahme mit Demonstrierenden enthält (Lenos und Wouters, 2018). Solche und ähnliche Strategien haben sich nach Aussage eines interviewten Extremismusexperten ebenfalls in Dänemark bewährt und können auch in Schleswig-Holstein gute Erfolgsaussichten haben.

Weiterführende Informationen und Beispiele:

Evaluierte Präventionsprogramme aus der „grünen Liste Prävention“
(<https://bit.ly/2bdixW2>):

- > Faustlos - Curriculum zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen und zur Gewaltprävention
- > Mobbingfreie Schule - gemeinsam Klasse sein!
- > Konflikt-KULTUR
- > No Blame Approach. Mobbing: Hinschauen, Handeln.

Literaturverzeichnis

- Agnew, R. (1991): *The Interactive Effects of Peer Variables on Delinquency*. *Criminology* 29, 47-72.
- Backes, U. (1989): *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Baier, D. (2018): *Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven*. Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag am 11. und 12. Juni 2018 in Dresden. Verfügbar unter: www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=2683&datei=23-DPT_Gutachten-2683.pdf [Letzter Zugriff: 26.03.19].
- Baier, D. & Pfeiffer, C. (2011): *Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin*. KFN: Forschungsberichte Nr. 114. Hannover.
- Baier, D., Manzoni, P., & Bergmann, M. C. (2016): *Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter – Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform/Journal of Criminology and Penal Reform*, 99(3), 171-198.
- Barrelle, K. (2015): *Pro-integration: disengagement from and life after extremism*. *Behavioral sciences of terrorism and political aggression*, 7(2), 129-142.
- Beelmann, A. (2017): *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus*. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Behr, I., Reding, A., Edwards, C., & Gribbon, L. (2013): *Radicalisation in the digital era: The use of the Internet in 15 cases of terrorism and extremism*. Verfügbar unter: www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR400/RR453/RAND_RR453.pdf [Letzter Zugriff: 04.04.2019].
- Bergmann, M.C.; Baier, D.; Rehbein F. & Mößle, T. (2017): *Jugendliche in Niedersachsen*. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen. Forschungsbericht Nr. 131. Verfügbar unter: kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_131.pdf [Letzter Zugriff: 26.03.2019].
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2015): *Linke Gewalt in Berlin 2009-2013* (1. Aufl.). Berlin: Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-linksextremismus/publikationen-landesbehoerden-linksextremismus/broschuere-be-2015-10-linke-gewalt-in-berlin [Letzter Zugriff: 02.04.2019].
- Borum, R. (2017): *The etiology of radicalization*. In: LaFree, G., Freilich, J.D. (Hrg.), *The Handbook of the Criminology of Terrorism*. Blackwell: Wiley, 17-32.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2016): *Linksextremismus: Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale*. Verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-linksextremismus/broschuere-2016-05-linksextremismus [Letzter Zugriff: 02.04.2019].

- Bundeskriminalamt [BKA] (2017): *Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) – Übersicht Summenschlüssel*. Verfügbar unter: www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2017/pks2017_node.html [Letzter Zugriff: 15.03.2019]
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat [BMI] (2019): *Politisch motivierte Gewalt*. Verfügbar unter: www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/sicherheit/pmk/pmk.html#f9828060 [Letzter Zugriff: 19.03.2019].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat [BMI] (2018): *Verfassungsschutzbericht 2017*. Verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2017.pdf [Letzter Zugriff: 26.03.2019].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat [BMI] (2016): *Verfassungsschutzbericht 2015*. Verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2015.pdf [Letzter Zugriff: 26.03.2019].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2017): *Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention*. Verfügbar unter www.bmfsfj.de/blob/117610/354cf0b045adc89e2a07968851334c8d/bericht-der-bundesregierung-zur-exemismuspraevention-data.pdf.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2014): *Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“*. Verfügbar unter: www.demokratieleben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Abschlussbericht-IDS.pdf.
- Ceylan, R., Kiefer, M. (2018): *Radikalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neosalafismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Danish Centre for Prevention of Extremism (2018). *Knowledge Synthesis – Mapping of knowledge on extremism and prevention of extremism*. Verfügbar unter: stopekxtremisme.dk/filer/videnssyntese-engelsk-version.pdf.
- Deutz-Schroeder, M., Schroeder, K. (2015): *Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Deutz-Schroeder, M., Schroeder, K. (2016): *Linksextreme Einstellungen und Feindbilder*. Befragungen, Statistiken und Analysen. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Deycke, A. (2018): *Von einer KPD-Initiative zur Autonomen Antifa. Antifaschistische Aktion gestern und heute*. In Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (Hrsg.): *Demokratie-Dialog 2 | 18* (S. 41-46). Verfügbar unter: www.fodex-online.de/fodex-data/akten/pdf/2018/Demokratie-Dialog-3-13-Web.pdf [Letzter Zugriff: 14.03.2019].
- Dugas, M., Kruglanski, A.W. (2014): *The Quest for Significance Model of Radicalization: Implications for the Management of Terrorist Detainees*. *Behavioral Sciences and the Law* 32, 423-439.
- El-Mafaalani, A. (2017): *Provokation und Plausibilität – Eigenlogik und soziale Rahmung des jugendkulturellen Salafismus*. In: Toprak, A., Weitzel, G. (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, 77-90.

- Endrikat, K., Schaefer, D., Mansel, J. & Heitmeyer, W. (2002): *Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen*. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 37-58.
- Europäische Kommission (2018): *Beteiligung, Begegnung und Befähigung: eine neue EU-Strategie für junge Menschen*. Verfügbar unter: eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0269&from=en [Letzter Zugriff: 12.04.2019].
- Galtung, J. (1978): *Der besondere Beitrag der Friedensforschung zum Studium der Gewalt: Typologien*. In: K. Röttgers, H. Saner (Hrsg.), *Gewalt. Grundlagenprobleme in der Diskussion der Gewaltphänomene*. Basel/Stuttgart: Schwabe, 9-32.
- Gaspar, H., Daase, C., Deitelhoff, N., Junk, J. & Sold, M. (2018): *Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs*. PRIF Report 5/2018. Verfügbar unter: www.hsfk.de/publikationen/publikationssuche/publikation/was-ist-radikalisierung-praezisierungen-eines-umstrittenen-begriffs/ [Letzter Zugriff: 09.04.2019].
- Glaser, M. (2013): *„Linke“ Militanz im Jugendalter - ein umstrittenes Phänomen*. In: Schultens, R., Glaser, M. (Hrsg.), *„Linke“ Militanz im Jugendalter: Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, 4-21.
- Glaser, M. (2015): *Extremistisch, militant, radikalisiert*. DJI Impulse - Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, 1(2015), 4-7.
- Gmeiner, J. & Micus, M. (2018): *Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen*. In Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (Hrsg.): *Demokratie-Dialog 2 | 18*, 41-46. Verfügbar unter: www.fodex-online.de/fodex-data/akten/pdf/2018/Demokratie-Dialog-3-13-Web.pdf [Letzter Zugriff: 14.03.2019].
- Goertz, S., Goertz-Neumann, M. (2018): *Politisch motivierte Kriminalität und Radikalisierung*. Heidelberg: C.F. Müller GmbH.
- Gruber, F., Lützing, S. (2017): *Extremismusprävention Deutschland - Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft*. Bundeskriminalamt (Hrsg.) IZ32 - Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE), Wiesbaden.
- Haunss, S. (2013): *Die Autonomen - eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus*. In: Schultens, R., Glaser, M. (Hrsg.), *„Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, 26-46.
- Heitmeyer, W. (2002): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse*. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 15-36.
- Hillebrand, K., Zenner, K., Schmidt, T., Kühnel, W., & Willems, H. (2015): *Politisches Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hoffmann-Holland, K. (2013): *Fragen zur Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin - eine kriminologische Perspektive*. In: Schultens, R., Glaser, M. (Hrsg.), *„Linke“ Militanz im Jugendalter: Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, 115-132.

- Knipping-Sorokin, R., Stumpf, T., & Koch, G. (2016): *Radikalisierung Jugendlicher über das Internet. Ein Literaturüberblick*. Hamburg: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI).
- Kober, M. (2019): *Evaluation von Ansätzen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus - Eine Übersichtsarbeit*. Bericht des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention, Nr. 1. Verfügbar unter: www.nzkrim.de/fileadmin/nzk/NZK_Berichte/NZK_Bericht_2019_001.pdf.
- Kruglanski, A.W., Webber, D. (2014): *The Psychology of Radicalization*. Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 9, 379-388.
- Kruglanski, A. W., Pierro, A., Mannetti, L., & De Grada, E. (2006): *Groups as epistemic providers: Need for closure and the unfolding of group-centrism*. Psychological Review, 113, 84-100.
- Kühnel, W., Willems, H. (2016): *Die Bedeutung von Familie, Peers, Schule und Medien für die politische Sozialisation linksaffiner Jugendlicher*. In: Mörgen, R., Rieker, P., Schnitzer, A. (Hrsg.), Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vergleichender Perspektive. Bedingungen - Möglichkeiten - Grenzen. Weinheim, Basel: BeltzJuventa, 105-127.
- Kühnel, W., & Willems, H. (2017): *Das ambivalente Verhältnis zu Gewalt bei engagierten linken Jugendlichen*. Geschlossene Gesellschaften-38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Vol. 38).
- Kundlacek, D. et al. (2018): *Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention* (RadigZ). Kriminologische Welt in Bewegung, 23-32.
- Landesregierung Schleswig-Holstein (2015): *Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Entwicklung und Gefahren des Extremismus in Schleswig-Holstein*. Drucksache 18/2572. Verfügbar unter: kleineanfragen.de/schleswig-holstein/18/3054-entwicklung-und-gefahren-des-extremismus-in-schlewig-holstein.txt [Letzter Zugriff: 01.04.2019].
- Lenos, S., Wouters, L. (2018): *Polizeiliche Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Linksextremismus*, Ex-Post Beitrag zur Tagung Rechtsextremismus, Linksextremismus und gegenseitige Radikalisierung, Rom.
- Leuschner, V., Böckler, N., Zick, A., Scheithauer, H. (2017): *Attentate durch Einzeltäter: Zu Gemeinsamkeiten in der Tatentwicklung und der Tatsituation bei terroristischen Anschlägen und School Shootings*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 51-78.
- Lützinger, S. (2010): *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Bundeskriminalamt. Polizei + Forschung: Band 40.
- Matt, E. (2017): *Radikalisierung: Dem Leben Sinn und Ordnung geben. Dschihadistischer Extremismus - ein jugendkulturelles Phänomen?* Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 28, 252-257.

- Matuschek, I., Krähnke, U., Kleemann, F., & Ernst, F. (2011): *Links sein: politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*. Springer-Verlag.
- Midlarsky, M. L. (2011): *Origins of political extremism*. Cambridge, England: Cambridge University Press.
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein [MILI] (2013): *Medien-Information - Kriminalstatistik 2012: So wenige Straftaten wie seit 1980 nicht mehr*. Andreas Breitner: „Schleswig-Holstein ist insgesamt ein sicheres Land“. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/POLIZEI/DasSindWir/LKA/Ermittlungen_Auswertung/kriminalstatistik/_downloads/Pressemitteilung2013.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [Letzter Zugriff: 20.03.2019].
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein [MILI] (2015): *Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 2014*. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/berichte.html [Letzter Zugriff: 20.03.2019].
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein [MILI] (2016): *Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 2015*. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/berichte.html [Letzter Zugriff: 20.03.2019].
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein [MILI] (2017): *Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 2016*. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/berichte.html [Letzter Zugriff: 20.03.2019].
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein [MILI] (2018): *Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 2017*. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/berichte.html [Letzter Zugriff: 20.03.2019].
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein [MILI] (2019): *Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 2018*. Verfügbar unter: www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/Downloads/Berichte/Verfassungsschutzbericht_2018.pdf;jsessionid=8268C68A03F9D0B0CB266102175FEE8D?__blob=publicationFile&v=1 [Letzter Zugriff: 05.07.2019].
- Pfahl-Traughber, A. (2014a): *Linksextremismus – Analytische Kategorie oder politisches Schlagwort?: Begriffsbestimmung – Differenzierung – Ideologievarianten*. In: Hirscher, G. (Hrsg.), *Linksextremismus in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven*. München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 7-18
- Pfahl-Traughber, A. (2014b): *Linksextremismus in Deutschland: Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rucht, D. (2002): *Gewalt und neue soziale Bewegungen*. In: W. Heitmeyer, J. Hagan (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Springer, 461-478.
- Schanzenbächer, S. (2014). *Nachhaltige Prävention an Schulen durch die Verknüpfung von Peer Learning und konfrontativem Konfliktmanagement (Kkm) mit einem Partizipations- und Schulentwicklungsprozess*. In: Schubarth, W. (2014). *Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus*. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Universitätsverlag Potsdam: Potsdam.

- Scherr, A. (2019): *Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus? Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Schils, N., Verhage, A. (2017): *Understanding how and why young people enter radical or violent extremist groups*. *International Journal of Conflict and Violence (IJCV)*, 11(1), 473.
- Schuhmacher, N. (2015): *Gewalt in der Antifa-Mythos und Realität*. *DJI Impulse*, 1, 11-13.
- Schuhmacher, N. (2013): *Sich wehren, etwas machen-Antifa-Gruppen und-Szenen als Einstiegs- und Lernfeld im Prozess der Politisierung*. In: Schultens, R., Glaser, M. (Hrsg.), *„Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, 47-70.
- Sikkens, E., van San, M. R. P. J. R. S., Sieckelinck, S. M. A., & de Winter, M. (2017): *Parental Influence on Radicalization and De-radicalization according to the Lived Experiences of Former Extremists and their Families*. *Journal for Deradicalization*, 12, 192-226.
- Van Hüllen, R. (2017): *Prävention im politischen Extremismus: Anspruch, Probleme und Chancen*, In: Altenhof, R., Bunk, S. & Piepenschneider, M. (Hrsg.). *Politischer Extremismus im Vergleich, Schriftreihe politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 3*, Münster.
- Van Prooijen, J. W., Krouwel, A. P., & Emmer, J. (2018): *Ideological responses to the EU refugee crisis: The left, the right, and the extremes*. *Social psychological and personality science*, 9(2), 143-150.
- Weilnböck, H., Uhlmann, M. (2018): *Thesen zu guter Praxis in der Extremismusprävention und in der Programmgestaltung*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/264235/20-thesen-zu-guter-praxis>.
- Wojcieszak, M. (2010): *Don't Talk to Me: Effects of Ideologically Homogeneous Online Groups and Politically Dissimilar Offline Ties on Extremism*. *New Media & Society*, 12(4), 637-655.
- Zick, A. (2017): *Extremistische Inszenierungen: Elemente und Pfade von Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 15-36



LPR

LANDESPRÄVENTIONSRAT
SCHLESWIG-HOLSTEIN



Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume
und Integration